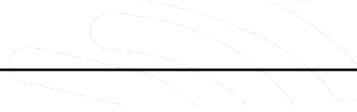


# perspektive

Rundbrief 01/2025

Jetzt erst recht



## IMPRESSUM

**Herausgeber** Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.  
Hegelstraße 51, D-70174 Stuttgart  
Tel.: 0711/ 55 32 83-4, Fax: 0711/ 55 32 83-5  
info@fluechtlingsrat-bw.de

**Redaktion** Sandra Ludwig & Melanie Skiba  
**Layout & Satz** Layout: Simone Reeck & Liliana Reinöhl, Satz: Anne Zilles  
**Auflage** 1.400  
**ISSN-Nummer** 2749-4616  
**Erscheinungsdatum** August 2025  
**Druck** schwarz auf weiß GmbH, Freiburg  
**Bildnachweise** Jeweils beim Foto  
**Titelbild** Artem Shuba

**Spenden** Unterstützen Sie jetzt Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg.  
Wir setzen uns für eine offene Gesellschaft und die Rechte  
geflüchteter Menschen in BW ein. Ihre Spende zählt!

GLS Bank  
IBAN: DE66 4306 0967 7007 1189 01  
BIC: GENODEM1GLSS

Mehr Infos: [fluechtlingsrat-bw.de/spenden](https://fluechtlingsrat-bw.de/spenden)



# editorial

Liebe Leser\*innen,

an manchen Tagen überfällt mich ein Gefühl der Ohnmacht: Es ist der 29. Januar 2025 und Union, AFD und FDP beschließen gemeinsam im Bundestag einen Antrag, der unter anderem vorschlägt, sämtliche fliehende Menschen an den deutschen Grenzen abzuweisen. Abschottungsfantasien, wie sie vor ein paar Jahren noch eindeutig in der rechtsextremen Ecke verortet waren, haben nun Blütezeit in der sogenannten demokratischen Mitte. Es ist der 23. Februar, Tag der Bundestagswahlen und im Fernsehen werden die Bilder von feiernden Faschisten vor wehenden Deutschlandfahnen gezeigt, die auf die Verdopplung der Anzahl ihrer Sitze im Bundestag anstoßen. Es ist März 2025 und ich werfe einen ersten Blick auf das Sondierungspapier von Union und SPD, auf dessen Grundlage die neue Regierung gebildet werden soll. Dick unterstrichene Phrasen wie »Start einer Rückführungsoffensive«, »Familiennachzug aussetzen« oder »freiwillige Aufnahmeprogramme beenden« stechen mir ins Auge. Es wird April und ich lese die Präambel des Koalitionsvertrags: »wir« entscheiden selbst, wer »unser Land« betritt oder verlassen muss, heißt es dort und hierfür müssten die Staatsgrenzen »geschützt« werden. Die im Frühsommer folgenden Zurückweisungen an deutschen Grenzen sowie der Abschiebeflug nach Afghanistan Mitte Juli zeigen mir, dass die neue Regierung es nicht bei Worten belässt... Das üble Gefühl in meiner Magengegend breitet sich immer weiter aus.

Doch alleine zu Hause in Schockstarre zu verfallen, ist keine Option. Gerade weil wir in derart menschenfeindlichen Zeiten leben, bleibt es umso dringlicher, dass wir uns weiterhin und mit neuer Vehemenz für eine solidarische Gesellschaft einsetzen. Wir müssen miteinander im Gespräch bleiben, uns gegenseitig stärken, gemeinsam aktiv werden, auf der Straße für eine menschliche Flüchtlingspolitik eintreten, hetzerische Falschaussagen zu Flucht und Migration effektiv mit Fakten dekonstruieren und gegen rassistische Strukturen in unserer Gesellschaft ankämpfen. »Jetzt erst recht« lautet daher das Fokusthema der aktuellen Ausgabe unserer Perspektive. Mit seinem Artikel »Argumentationshilfe gegen extrem rechte Positionen« zeigt Joachim Glaubitz unterschiedliche Strategien auf, mit denen wir der Verschärfung des migrationspolitischen Diskurses begegnen können. Anna Ohnweiler geht in ihrem Beitrag auf die Geschichte und politische Arbeit der Initiative Omas gegen rechts ein. Und mit »Wunderbare Parallelgesellschaften« zeigt Hadija Haruna-Oelker den Gewinn, den die Migrationsgesellschaft für uns alle bedeutet.

Ich wünsche Ihnen eine inspirierende Lektüre und viel Kraft für Ihr Engagement, \_



Anja Bartel  
Leitung der Geschäftsstelle

# inhalt

<b>editorial</b>	<b>_3</b>
<b>politisches</b>	
_Demokratie in Gefahr – wie die extreme Rechte die Mitte verschiebt	_6
_Von Brandreden zu Brandsätzen zu Brandreden	_10
_Ungarns Abschottung um jeden Preis	_12
<b>praktisches</b>	
_Was ist eigentlich... eine Straftat?	_15
_Können Menschen eingebürgert werden, die unverschuldet SGB II/XII-Leistungen beziehen?	_17
<b>im fokus: Jetzt erst recht!</b>	
_Argumentationshilfe gegen extrem rechte Positionen	_19
_Omas im Einsatz für eine offene Gesellschaft	_21
_Wunderbare Parallelgesellschaften	_23
_»Dürfen nicht nur unsere Ängste sehen«	_26

## das tut sich in bw

- \_Gesundheit ist ein Menschenrecht \_28
- \_»Bringing the refugee's perspective into the public gaze« \_31

## der frbw

- \_Neue Infomaterialien zu verschiedenen Themen erhältlich \_33
- \_Ich bin Mitglied, weil... \_34
- \_Stellungnahme: Niemand darf aufgrund seiner Herkunft... \_36
- \_Kundgebung »Demokratie verteidigen – Wählen gehen!« \_38

## über den tellerrand

- \_Leseprobe Buch »einfach Mensch« \_40
- \_Britische Abschiebungspraxis \_42

## da wär' noch was

- \_»Ich frage mich, wie es weitergehen soll...« \_45

nach der wahl

# Demokratie in Gefahr - Wie die extreme Rechte die Mitte verschiebt

*Vergangenen Winter haben wir einen Wahlkampf der Grenzüberschreitungen erlebt. Der extremen Rechten ist es gelungen, ihre Erzählung von Migration als Bedrohung auch in der Mitte der Gesellschaft zu platzieren. Joachim Glaubitz berichtet, wie es dazu kam - und was man dagegen unternehmen kann.*

von joachim glaubitz

**D**er Bundestagswahlkampf 2025 setzte neue traurige Maßstäbe. Der Diskurs war in Sprache und Inhalt massiv entgrenzt, rote Linien wurden nicht nur überschritten, sondern gezielt markiert, um sie zu übertreten. Im Bundestag jubelte die AfD nach der erfolgreichen Abstimmung mit der CDU zum 5-Punkte-Plan von Friedrich Merz.

Dann kamen die Wahlen – und 80 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus ist die zweitstärkste Partei Deutschlands **eine in Teilen gesichert rechtsextreme Partei**. Doch noch gravierender als ihre gestärkte Oppositionsrolle ist die Übernahme von Teilen ihrer Agenda durch die neue Regierung. Die politische Praxis im Feld Flucht und Migration sieht deutliche Verschärfungen vor, die in Teilen den Vorstellungen der AfD entsprechen:

- **Zurückweisungen von Asylsuchenden**
- **Befristete Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte für 2 Jahre (Härtefälle bleiben davon unberührt)**
- **Beendigung freiwilliger Bundesaufnahmeprogramme (zum Beispiel für Afghanistan) und keine Auflage neuer Programme.**
- **Verstärkte Forcierung von Abschiebungen**

Teile der menschenfeindlichen Ideologie der extremen Rechten werden Realität – auch ohne AfD in Regierungsverantwortung.

## Haben wir damit einen Endpunkt erreicht?

Hat sich die Radikalisierung der Mitte erschöpft? Hat die extreme Rechte ihr Ziel erreicht? Wohl kaum.

Wir leben in einer hochkomplexen Welt mit multiplen Krisen. Sicherheit? Orientierung? Einfache Antworten? Es gibt sie nicht. Doch genau das verspricht die extreme Rechte. Sie reduziert sämtliche Probleme auf das Thema Migration und Flucht. Ihr Versprechen lautet: »Ohne Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte geht es uns besser.« – Eine gefährliche Lüge.

Dabei ist es vor allem die AfD, welche suggeriert, dass sozioökonomische Probleme kulturell lösbar seien. Sie will die als chaotisch empfundene Gegenwart beseitigen und eine vermeintlich ursprüngliche Ordnung wiederherstellen. Es geht nicht um Verhandlungslösungen, sondern um ein autoritäres, gewaltanfällig »Entweder-oder«-Prinzip. Die Begrenzung von Migration und Flucht wird keine Probleme lösen, doch das Narrativ der Gefahr durch Geflüchtete durchdringt mittlerweile alle Parteien und ist immer stärker in der »Mitte« der Gesellschaft verankert. Rassistisch pauschalierende Bilder werden jederzeit aktiviert. Dies führt dazu, dass Fragen, die wesentlich relevanter sind, nicht mehr gestellt oder ausgeklammert werden. Statt Menschen eine Perspektive

zu bieten, psychosoziale Betreuung auszubauen und bestehende Gesetze anzuwenden, wird eine Spirale der Entrechtung in Gang gesetzt: Abweisung, Internierung, dauerhafte Grenzkontrollen.

Und wenn Menschen weiter fliehen und um Asyl bitten, wenn die Preise nicht sinken, wenn Wohnungen knapper werden, wenn Entlassungen zunehmen, werden die extremen Rechten rufen: »Wir haben es euch gesagt, die Maßnahmen reichen nicht aus, nur wir können eine Wende herbeiführen« – und die Menschenfeindlichkeit wird neue Dimensionen annehmen.

Natasha Strobl analysiert treffend, dass Faschismus Realität werden kann, ohne dass sich der Alltag zunächst völlig ändert. Als müssten die apokalyptischen Reiter hinabsteigen, um ihn als solchen zu benennen. Doch so funktioniert es nicht. Der Alltag bleibt bestehen – aber er verändert sich.

Er wird härter und gnadenloser.

Gewalt wird zur Selbstverständlichkeit, staatliche Selektion zur Routine. Wütende Menschenmengen werden zur Norm und man hofft, nicht selbst ihr Ziel

zu werden. Der Generalverdacht greift um sich. Entmenschlichung wird alltäglich. Solidarität schwindet. Doch diese Spirale können wir durchbrechen – wir müssen sie durchbrechen.

**DOCH DIESE SPIRALE KÖNNEN  
WIR DURCHBRECHEN - WIR  
MÜSSEN SIE DURCHBRECHEN.**

## Die Erzählung von Migration als Bedrohung widerlegen

Ein Baustein auf diesem Weg ist, der Erzählung von Migration und Flucht als Gefahr zu widersprechen. Sie ist schlichtweg falsch! Wer selbst eine Migrationsgeschichte hat, wer geflüchtete Menschen kennt, wer mit ihnen arbeitet oder befreundet ist, weiß, dass diese Erzählung nicht einmal einen Bruchteil der Wirklichkeit darstellt. Zuwanderung ist keine Bedrohung – sie ist eine Bereicherung. Wir können die Grenzen schließen und uns verzweifelt an einer sich auflösenden alten Ordnung festklammern. Oder wir öffnen die Arme und beginnen gemeinsam, in Solidarität eine bessere Zukunft zu gestalten. Jetzt ist die Zeit für Mut, Widerstand und Klarheit.

## Die Normalisierung des Ungeheuerlichen

Hannah Arendt sagte 1964 rückblickend auf die Machtergreifung der Nationalsozialisten: »Das Problem war doch nicht etwa, was unsere Feinde taten, sondern was unsere Freunde taten (...). Das war, als ob sich ein leerer Raum um einen bildete.«

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich in der aktuellen Zeit feststellen. Es muss uns klar sein, was die AfD denkt und will. Was sich verändert hat, sind die Gespräche im direkten privaten Umfeld. Der Rechtfertigungsdruck, das Unverständnis und die (verbalen) Angriffe auf das Engagement für geflüchtete Menschen kommen schon lange nicht mehr nur von »außen«.

Dabei stört sich kaum noch jemand an der Entmenschlichung von Geflüchteten. Markus Söder vergleicht die bayerische Grenzschutzpolizei mit der »Nachtwache« aus Game of Thrones, die

uns vor »bösen Wanderern« schütze. Friedrich Merz fabuliert von »täglich stattfindenden Gruppenvergewaltigungen durch Asylsuchende«. Die AfD hat »Remigration« offiziell ins Parteiprogramm übernommen – und diesmal gab es keine Massenproteste. Eine Demokratie lebt von unterschiedlichen Haltungen und Positionen. Es ist gut, dass es u.a. grüne, sozialdemokratische, liberale, linke und konservative Kräfte im Land gibt. Ihr Ringen um Lösungen ist essenziell. Es braucht aber auch eine klare Abgrenzung zu Rassismus und völkischer Gedankenwelt im eigenen Denken, nur dann kann die Abgrenzung zur AfD gelingen.

## Widerspruch ist Pflicht

Deshalb ist der Widerspruch entscheidend – in der Familie, im Freundeskreis, im Verein. Wir müssen menschenfeindlicher Hetze sofort entgegenreten, um wenigstens ihre weitere Normalisierung zu verhindern.

Doch Widerspruch kann harte soziale Kosten haben: Ausgrenzung, Ablehnung, Isolation. Deshalb ist Vernetzung essenziell. Wir müssen uns stärken, Erfahrungen austauschen und gemeinsam Strategien entwickeln.

## Drei Schritte zum Widerstand

### 1. Mechanismen der Meinungsbeeinflussung verstehen

Die extreme Rechte setzt auf den Kulturkampf. Darunter ist das Emotionalisieren von bestehenden oder erfundenen gesellschaftlichen Spaltungslinien zu verstehen. Dabei geht es darum, das Denken der Menschen gemäß der eigenen Ideologie zu verändern.

Zum Beispiel werden Begriffe wie »Migration« systematisch mit negativen Assoziationen verknüpft. Durch ständige Wiederholung verankern sich diese Bilder im kollektiven Bewusstsein, unabhängig ob die Geschichten stimmen oder nicht. Das Ziel ist es, mit Bildern, Parolen und ‚Erzählungen‘ die »Wahrnehmung der Realität in den Köpfen der Menschen« zu ändern, um den Nährboden für rechtsextreme Ideologie zu legen.

Indem allgemein akzeptierte Grenzen des öffentlichen Diskurses durch ständige Tabubrüche verschoben werden, werden Dinge sagbar, die vorher zur Recht tabuisiert waren.

Die Strategie der extremen Rechten:

- **Begriffe mit Bedrohungsszenarien aufladen**
- **Permanente Wiederholung und Instrumentalisierung**
- **Geschichte umdeuten und Verantwortung leugnen**
- **Die Grenzen des Sagbaren stetig verschieben**

Indem wir lernen, diese Mechanismen zu erkennen, gewinnen wir Handlungsspielräume:

- **Nicht jede Provokation aufgreifen, sondern eigene positive Visionen entwickeln – mit klaren Statements und wiederkehrenden Botschaften.**
- **Positive Bezugnahmen zu Werten der Demokratie aufbauen**
- **Widerstand gegen die Normalisierung der AfD und der extrem rechten Ideologie: in den Talkshows, im Parlament, in Veranstaltungen, aber auch in den täglichen Diskussionen.**

Es ist wichtig, die Bereiche und Einflussmöglichkeiten zu fokussieren, die für uns greifbar sind. In der Regel ist das die Ebene des Diskurses: die Diskussion am Gartenzaun, ein abfälliger Kommentar in der Bahn oder die Gespräche bei der Familienfeier.

Es wäre blauäugig zu glauben, dass ein paar Strategietipps ausreichen, um eine sichere Handlungsfähigkeit herzustellen. Gespräche zum Thema Politik sind meist mit einem hohen Stresslevel verbunden, der dafür sorgt, dass wir oftmals nicht auf neu Erlerntes oder Erhörtes zurückgreifen können. Umso wichtiger ist es, dass wir diese Dinge trainieren und Milde mit uns walten lassen, wenn etwas nicht gelingt. Auch der Fokus auf kleine Erfolge und Stolz auf den Mut, überhaupt das Wort ergriffen zu haben, ist wichtig.

### 2. Fakten und Argumente nutzen

Die extreme Rechte emotionalisiert Probleme und inszeniert Kontrollverluste. Dagegen ist die Wirkung von rationalen und problemangemessenen Argumenten deutlich geringer. Trotzdem sind Fakten entscheidend, um Glaubwürdigkeit zu bewahren.

Wussten Sie z.B., dass:

- **75 % der 2015 zugezogenen geflüchteten Männer erwerbstätig sind?**
- **Zuwanderung den demografischen Wandel bremst?**

- **Ein steigender Anteil Zugewanderter nicht mit erhöhter Kriminalität korreliert?**

Hilfreiche Fakten und Argumente finden sich z.B. bei PRO ASYL, Medico International (8 Thesen zur Verteidigung der Migrationsgesellschaft), Volksverpetzer (Broschüre »10 Fakten gegen rechte Mythen«), beim ARD-Faktenfinder oder beim Faktencheck von Correctiv.

### 3. Positive Emotionen setzen

Neben Fakten brauchen wir emotionale Erzählungen. Erzählen Sie von Menschen, die geflohen sind, weil sie bedroht wurden. Von jenen, die alles tun, um sich ein neues Leben aufzubauen. Von den Bemühungen etwas zurückzugeben, von den Beiträgen, unsere Gesellschaft voranzubringen, aber auch von den Schwierigkeiten, mit denen sie in Deutschland konfrontiert sind.

Machen Sie zum Thema, dass ohne Zuwanderung unsere Gesellschaft nicht funktionieren kann, beispielsweise als eine Pflegeeinrichtung in Wilstedt vor der Schließung stand, weil nahezu die gesamte Belegschaft abgeschoben werden sollte, wie der ndr berichtete.

Erzählen Sie von dem aramäischen Christen aus dem Irak, der versucht hat, den Attentäter von Mannheim zu überwältigen oder auch von Fatima, einem afghanischen Mädchen, das bei einer Kundgebung das Gefühl hatte, sich für die Taten anderer entschuldigen zu müssen, weil sie jeden Tag die Feindseligkeit spürt, die man ihr nur aufgrund ihrer Nationalität entgegenbringt.

Diese Ereignisse zeigen, dass es andere Geschichten zu erzählen gibt. Geschichten von Menschen, die für Werte eintreten, die wir uns in Europa gerne auf die Fahnen schreiben.

## Wir gestalten die Zukunft

»Die Geschichte muss kein Kreisel sein, in der das Negative triumphieren muss, (...) wir können eine

Welt gestalten, wie sie die Welt noch nie gesehen hat.« Zu verstehen, dass es kein Naturgesetz gibt, das festlegt, dass die negativen Entwicklungen sich fortsetzen, eröffnet für uns alle den Raum, Teil einer positiven Entwicklung zu werden.

Lassen Sie uns daran arbeiten. Jetzt. \_

**Joachim Glaubitz**  
Referent im Bereich  
Rechtsextremismus u.a. im  
Caritasverband Rottenburg-  
Stuttgart

Der Autor hat für diesen Text u.a. mit folgenden Quellen gearbeitet:

<https://www.youtube.com/watch?v=CdCVs376q0U>  
Rede von Friedrich Merz in der Debatte zum eingebrachten »Zustrombegrenzungssetz«, 31.01.2025: (<https://www.phoenix.de/zustrombegrenzungssetz-a-4769167.html>, ab 19:48).  
<https://www.deutschlandfunk.de/afd-nimmt-begriff-remigration-offiziell-ins-wahlprogramm-auf-100.html>  
<https://doku.iab.de/kurzber/2024/kb2024-10.pdf>, <https://www.bib.bund.de/DE/Presse/Mitteilungen/2024/2024-02-14-Potenziale-und-Herausforderungen-Vielfalt-der-Bevoelkerung-mit-Migrationshintergrund-in-Deutschland.html>, <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2025-02-18/mehrauslaender-erhoehen-die-kriminalitaetsrate-nicht>  
<https://www.ndr.de/nachrichten/info/Pflegekraefte-in-Wilstedt-von-Abschiebung-bedroht,ndrinfo66810.html>, <https://www.welt.de/vermischtes/article251873706/Mannheimer-Messerattache-Iraker-wollte-Attentaeter-noch-aufhalten-Ich-habe-Schlaege-auf-meinen-Kopf-bekommen.html>



Bild © Mika Baumeister

politische lage

# Von Brandreden zu Brandsätzen zu Brandreden

*Es ist vollbracht. Der Bundestag ist gewählt, eine faschistische Partei ist die zweitstärkste Kraft im Land des »Nie wieder«, Altparteien auf Rekordtiefs. Und Migration ist zum Kassenschlager im Bundestagswahlkampf geworden. Mal wieder. Das zeigt: Deutsche Politiker\*innen und Medienhäuser haben nicht aus der Asyldebatte der 90er Jahre gelernt.*

von joel schülin

**S**chon in den 80ern und 90ern wird hitzig über die steigende Migration nach Deutschland diskutiert. Ab Mitte der 1950er Jahre werden Anwerbeabkommen mit Staaten wie der Türkei, Griechenland, Marokko oder Südkorea geschlossen, um den Wiederaufbau der Nation zu beschleunigen. Viele ausländische Arbeitskräfte werden im Niedriglohnsektor angestellt. Das Wirtschaftswunder, das auf den Schultern migrantischer Arbeit aufbaut, erfährt mit der Ölkrise Anfang der 1970er Jahre ein plötzliches Ende. Mit der steigenden Arbeitslosigkeit werden Anwerbeabkommen in Westdeutschland aufgekündigt, um die ökonomische »Belastung«, die durch die migrantische Bevölkerung entsteht, zu mindern.

Die Bezeichnung des »Gastarbeiters« verdeutlicht das Migrationsverständnis der westdeutschen Bundesregierung – es soll ein Verhältnis auf Zeit sein. Entgegen der politischen Planung bleiben viele Personen und Familien mit Migrationsbiografie jedoch in Deutschland, trotz Strategien wie dem »Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern« 1984, das Personen, die das Land verlassen, eine Prämie von 10.500 DM verspricht.

Nicht nur bleiben viele Menschen in Deutschland, auch steigt die Migration aufgrund internationaler Konflikte wie dem Militärputsch in der Türkei im Jahr 1980 immer weiter an. Da die Einwanderung als Arbeitsmigrant\*innen wegen der Kündigung der Anwerbeabkommen nicht mehr ohne weiteres möglich ist, beantragen tausende Menschen Asyl.

Die 80er Jahre bilden hier die Geburtsstunde neuer Migrationsgesetze, die migrantischen Personen im Asylprozess immense Restriktionen auferlegen. Das Asylbewerberleistungsgesetz aus dem Jahr 1993 bei-

spielsweise ersetzt finanzielle Unterstützung für Geflüchtete durch Sachleistungen.

Mit dem neuen bürokratischen Migrationsapparat wird auch der Rassismus gegen migrantische und postmigrantische Personen zunehmend lauter und salonfähiger. Einen zentralen Bestandteil der Migrationsdebatte bildet hier die rhetorische Verunglimpfung von Menschen auf der Flucht.

Politiker\*innen und Journalist\*innen sprechen von »Asylanten«, die Steuerzahler\*innen Geld klauen, Mitte-Parteien zeichnen das Bild von Asylfluten, der Spiegel betitelt die Migrationswelle 1991 mit den Worten »Ansturm der Armen«.

Kurz gesagt, Menschen auf der Flucht werden von Medien und Politik anonymisiert und objektiviert. Der »Asylant« als rassifiziertes Produkt deutscher Meinungsmache wird zum nationalen Sündenbock. »Asylmissbrauch« wird zum Schlagwort einer sich extremisierenden und rassistischen Migrationsdebatte – ihre Wortführerin ist die CDU.

Die Lösung zur Eindämmung der Migration wird, federführend propagiert von der CDU, in der Einschränkung des Asylrechts im Grundgesetz gesehen. Nach einer mehrjährigen Asyldebatte kommt es 1993 mit den Stimmen der SPD zum Asylkompromiss, in dem entschieden wird, das Recht auf Asyl im Grundgesetz drastisch einzuschränken.

Der Prozess der Asyldebatte und ihr Ergebnis sind folgenreich: mit der rhetorischen Manifestierung des migrantischen Anderen, unterbaut durch Gesetze, die eine neue Landschaft der Segregation schaffen, eskaliert auch die Gewalt gegen Menschen mit Migrationsbiografie. Der tödliche Brandanschlag auf Nguyễn Ngọc Châu and Đỗ Anh Lân 1980 in Ham-



Joel Schülin, © MiG

burg-Billbrook, Duisburg-Wahnheimerort, Mölln, Solingen und Rostock-Lichtenhagen sind nur ein kleiner Bruchteil der anhaltenden Welle von Angriffen gegen nicht-weiß gelesene Menschen.

Die Geflüchtetenunterkunft, die Erstaufnahmeeinrichtung, das Aussiedlerheim und andere Formen der Lagerunterbringung von Migrant\*innen bilden ab den 1980er Jahren die wortwörtliche Zementierung des Anderen, ein Ort der durch seine Zäune und grauen Fassaden in städtischen und ländlichen Randlagen ein leichtes Angriffsziel bietet.

Nach den sogenannten Baseballschlägerjahren in den 90ern, den NSU-Morden, der Eruption von Gewalt gegen Menschen mit Migrationsbiografie in den Jahren 2015 bis 2017, nach Hanau und etlichen weiteren rassistischen Angriffen, steht Migration als reißerisches Schlagwort wieder auf der Agenda des Wahlkampfes 2025. Die tragischen Vorfälle von Mannheim, Magdeburg, München und Solingen wirken hier wie Brandbeschleuniger in der Debatte um die Einschränkung irregulärer Migration.

Aber was ist mit Migration eigentlich gemeint? Anstatt Migration in einer technokratischen und sozialgerechten Art und Weise zu planen, nutzen Mitte-Parteien den populistischen Weg des »Ausländer raus«- Mantras und biedern sich dem Rassismus der Rechtspopulist\*innen an. Ein leichtes Spiel mit weitreichenden Folgen.

In den Reden der AfD, CDU, FDP und SPD verschimmt Migration mit der Sicherheitsfrage (sind »Deutsche« noch sicher in »diesem« Land), Ab-

schiebung und Kriminalität. Migration und das Konstrukt des bzw. der »Migrant\*in« werden damit wieder einmal zu einer Worthülse in einer populistischen Debatte, in der Mitte-Parteien erschreckend opportunistisch agieren, während sich die radikale

Rechte in Politik und Zivilgesellschaft die Hände reibt.

Die Politik nutzt Migration weiterhin als rhetorisches Politikinstrument um Hetze zu erzeugen, anstatt das Lösungspotential anzuerkennen, das

in diesem Phänomen zu Grunde liegt. Auf Kosten von Menschen mit Migrationsbiografie.

Im Jahr 2024 steigt die Anzahl von Angriffen auf Geflüchtetenunterkünfte im Vergleich zum Vorjahr wieder an. Ob man hier von einer direkten Korrelation zwischen Brandreden und Brandsätzen sprechen kann? Sicher ist, deutsche, hauptsächlich weiß-gelesene, Politiker\*innen produzieren wohlwissend einen Schwelbrand.\_

**IM JAHR 2024 STEIGT DIE ANZAHL VON ANGRIFFEN AUF GEFLÜCHTETENUNTERKÜNFTE IM VERGLEICH ZUM VORJAHR WIEDER AN.**

**joel schülin**  
Architekt und Visual  
Researcher

*Hinweis: Dieser Artikel wurde im März 2025 im Magazin veröffentlicht und ist dort auf der Homepage mit weiterführenden Links auffindbar.*

*Diese Seite enthält eine Chronik von Brandvorfällen in Geflüchtetenlagern und privaten Wohnungen migrantischer und postmigrantischer Communities in Deutschland.*





geflüchtete menschen in der EU

## Ungarns Abschottung um jeden Preis

*Ungarns Langzeit-Regierungschef Viktor Orbán verfolgt seit fast einem Jahrzehnt eine menschenrechtswidrige Abschottungspolitik. Regelmäßig wird das Land dafür vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) und vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) verurteilt. Die daraus resultierenden Straf- und Schadensersatzforderungen gehen in die Millionenhöhe. Ungarn galt bisher auch deswegen auf europäischer Ebene als isoliert. Doch der europäische Rechtsruck droht, diese menschenrechtswidrigen Praktiken salonfähig zu machen.*

von jana borusko

**E**in Blick auf die ungarische Praxis zeigt die gravierenden Konsequenzen des Überbietungswettbewerbs der Verschärfungen für Geflüchtete. Die Abschottungspolitik Ungarns wird jedoch von der unerschrockenen Arbeit der PRO ASYL-Partnerorganisation und des Stiftungspreisträgers Hungarian Helsinki Committee begleitet. Trotz Anfeindungen und Kriminalisierung stehen sie entschlossen an der Seite Schutzsuchender, setzen sich für das Recht auf

Schutz ein und begleiten Betroffene in langwierigen Klageverfahren.

### Legalisierung der Pushbacks

Ungarn ist abgeschottet. Gleich zwei Zäune markieren die Grenze zwischen Serbien und Ungarn, sie werden verstärkt von Stacheldraht und Elektronik. Das Signal ist klar: Hier kommt keiner rein! Schon

lange greift Ungarn zudem auf Gewalt zurück, um Geflüchtete nach Serbien zurückzudrängen.

Um diese Pushback-Praxis zu legalisieren, hat die ungarische Regierung im Jahr 2016 ein Gesetz erlassen, das Pushbacks an der Grenze erlaubt, 2017 wurde es auf das ganze Land ausgeweitet. Begründet wurde das Gesetz mit einem Ausnahmezustand als Reaktion auf eine angebliche sogenannte Massenmigration. Auf Grundlage des Gesetzes kann jede Person, die sich illegal in Ungarn aufhält, nach Serbien ohne Überprüfung des Asylgesuchs zurückgeschickt werden. Im Dezember 2020 stellte der EuGH in einem Vertragsverletzungsverfahren die Rechtswidrigkeit dieses Pushback-Gesetzes fest. Im Juli 2021 urteilte der EGMR erstmals, dass sowohl das Gesetz als auch die damit verbundene Praxis gegen die europäische Menschenrechtskonvention verstoßen. Es folgten viele weitere Urteile.

Dennoch sind Pushbacks an der ungarischen Grenze auch neun Jahre nach der Gesetzesinitiative weiterhin Alltag. Ihre mehrfach von europäischen Gerichten festgestellte Rechtswidrigkeit hat daran bisher nichts geändert – im Gegenteil: Die ungarische Polizei veröffentlicht die Zahlen zu diesen Pushbacks sogar offiziell auf ihrer Homepage. Im Jahr 2023 wurden 98.000 solcher Fälle registriert.

Da Ungarn an dieser Praxis festhält, sind Geflüchtete gezwungen, langwierige Klagewege zu durchlaufen, um zumindest die Anerkennung des ihnen widerfahrenen Unrechts durchzusetzen. Die meisten Betroffenen haben jedoch kaum eine realistische Chance, diesen Rechtsweg zu beschreiten. Die PRO ASYL-Partnerorganisation Hungarian Helsinki Committee kämpft regelmäßig für die Entschädigung der Opfer von Pushbacks – zuletzt erfolgreich in einem Fall vor dem EGMR im September 2024.

## Aushungern in den Transitzonen

Auch Opfer von unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung begleitet das Hungarian Helsinki Committee bis heute.

Von September 2015 bis Mai 2020 inhaftierte Ungarn Geflüchtete in sogenannten Transitzonen in

Röske und Tompa, entlang des durchgängigen Grenzzauns zu Serbien. Schutzsuchende durften ihre Asylansprüche ausschließlich in diesen Transitzonen stellen. Dort wurde zunächst im Rahmen eines sogenannten Grenzverfahrens die Zulässigkeit des Asylanspruchs geprüft. Ab März 2017 wurde das Verfahren auf das reguläre Asylverfahren und das Rückführungsverfahren ausgeweitet. Die Antragsstellenden waren dort faktisch inhaftiert – ohne Rechtsgrund. Von der Inhaftierungspraxis wurden Familien mit Kindern und unbegleitete minderjährige Kinder und Jugendliche nicht verschont.

Im Jahr 2018 wurde erstmals bekannt, dass einer Person in der Transitzone die Essensversorgung komplett verweigert wurde. Mit dieser Praxis des Aushungerns sollte eine schnelle Ausreise bewirkt und der Gang vor Gericht verhindert werden. Der Asylantrag des betroffenen Familienvaters aus Afghanistan war zuvor als unzulässig abgelehnt worden, da Serbien für ihn als sicheres Drittland eingestuft wurde. Eine Entscheidung, gegen die er Klage einlegte. Ungarn argumentierte, eine Essensversorgung des Mannes sei nicht länger notwendig, da er jederzeit nach Serbien ausreisen könne. Dort wäre es ihm jedoch nicht möglich gewesen, seine Klage gegen diese Entscheidung weiterzuverfolgen. Der Schutzsuchende sah sich vor einer existenziellen Wahl gestellt: Entweder das Asylverfahren weiterverfolgen oder Nahrung erhalten.

Ungarn scheute auch bei vielen weiteren Schutzsuchenden nicht davor zurück, sie in solche verzweifelten Situationen zu bringen. Denn dieser Fall blieb kein Einzelfall. In den folgenden Jahren erstritt das Hungarian Helsinki Committee insgesamt in 24 Fällen für 34 Personen durch Eilanträge vor dem EGMR die Versorgung in den Transitzonen. Den Betroffenen wurde für Zeiträume von einem bis zu acht Tagen das Essen verweigert. Bis heute sind zahlreiche Fälle vor dem EGMR anhängig, bei denen das Hungarian Helsinki Committee für die Anerkennung und Entschädigung für diese und andere Rechtsverletzungen kämpft.

Zwar schloss Ungarn beide Transitzonen im Jahr 2020, nachdem der Zugang zum Asylverfahren durch ein neues Verfahren verhindert wurde. Die

Strukturen der Transitzone sind jedoch weiterhin vorhanden. Für die Umsetzung der durch die GEAS-Reformen vorgesehenen Screening- und Grenzverfahren sind sie jederzeit reaktivierbar.

## Asylverfahren in Drittstaaten

Nach der Schließung der Transitzone im Jahr 2020 sollte der einzige Weg für Geflüchtete nach Ungarn über Verfahren in den nicht-EU Staaten Serbien oder die Ukraine führen. Seit Mai 2020 müssen, neben wenigen Ausnahmen, nahezu alle Asylsuchenden ein neues Botschaftsverfahren durchlaufen, um in Ungarn Schutz beantragen zu können. Diese Änderung stellte jedoch keineswegs eine Reaktion auf die Verurteilungen Ungarns durch europäische Gerichte dar, sondern wurde offiziell mit der Corona-Pandemie begründet, um die öffentliche Gesundheit zu schützen und die Ausbreitung von Covid-19 einzudämmen.

Um das Botschaftsverfahren zu initiieren, müssen Asylsuchende bei den ungarischen Botschaften in Kiew oder Belgrad einen Termin vereinbaren, um dort eine Absichtserklärung zur Asylantragstellung einreichen zu können. Darauf folgt ein langwieriges und kompliziertes Vorprüfverfahren. Theoretisch kann nach diesem Vorprüfverfahren bei einer der Botschaften die Einreise nach Ungarn zum Zwecke der Durchführung des Asylverfahrens gestattet werden. Erst dann würde das eigentliche Asylverfahren beginnen.

Dieses Verfahren ist jedoch nicht dazu eingeführt worden, den Zugang zum Asylverfahren für Schutzsuchende zu ermöglichen. Es ist vielmehr ein Mittel, um diesen Zugang zu verhindern. Das Hungarian Helsinki Committee wertet die ihnen vorliegenden offiziellen Statistiken zu den Botschaftsverfahren regelmäßig aus: In den letzten viereinhalb Jahren konnten sich nur 101 Personen an eine der Botschaften wenden, wobei nur 21 Einreiseerlaubnisse nach Ungarn für die Durchführung des Asylverfahrens erteilt wurden. Mit diesem Pseudoverfahren ist der Zugang zum Asylverfahren in Ungarn faktisch versperrt, während die Pushback-Praxis weiter fortgesetzt wird.

## Ein einmaliges Urteil des EuGH

Angesichts der Pushback-Praxis und der systematischen Verhinderung des Zugangs zu Asylverfahren hat die EU-Kommission mehrfach Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet. Zuletzt stellte der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Juni 2024 in einem einmaligen Urteil fest, dass die Botschaftsverfahren und Pushback-Praxis Ungarns die Einheit des Unionsrechts gravierend bedrohen und schwerwiegende Auswirkungen auf die Rechte von Schutzsuchenden sowie auf das öffentliche Interesse haben. Der EuGH verurteilte Ungarn zur Zahlung eines Pauschalbetrags von 200 Millionen Euro und eines Zwangsgelds von einer Million Euro pro Tag, solange die beanstandeten Umstände nicht behoben werden. Das Hungarian Helsinki Committee hat die rechtswidrige Praxis Ungarns in zahlreichen Berichten dokumentiert und tritt weiterhin vehement für ein Ende der Pushbacks und das Grundrecht auf Asyl ein. »Dieses Urteil bedeutet hoffentlich das Ende der beschämenden Pushback-Praxis Ungarns. Die hohe Strafe ist die Folge der beispiellosen Weigerung, das frühere Urteil des Gerichtshofs zu befolgen«, kommentierte Anikó Bakonyi vom Hungarian Helsinki Committee das Urteil.

Ungarns Regierung wies das Urteil jedoch als inakzeptabel zurück und hält an der rechtswidrigen und menschenverachtenden Praxis fest.

Bei aller Kritik an den abgesenkten Standards im Umgang mit Asylsuchenden und den gravierenden Folgen der verabschiedeten GEAS-Reform würde diese im Vergleich zur aktuellen ungarischen Praxis sogar eine Verbesserung darstellen. Dies unterstreicht umso mehr, wie menschenverachtend und unrechtmäßig die derzeitige Praxis in Ungarn ist. Es ist daher wenig überraschend, dass Ungarn sich weigerte, diesen Reformen zuzustimmen. Daher ist auch zu befürchten, dass Ungarn an der bisherigen Praxis festhalten und die Anwendung der ab 2026 geltenden Verordnungen verweigern wird. \_

Hinweis: Dieser Artikel wurde im Januar 2025 auf der Homepage von PRO ASYL veröffentlicht.

## Was ist eigentlich... eine Straftat?

*Straftaten spielen im Migrationsrecht eine wichtige Rolle. Begeht ein\*eine Drittstaatsangehörige\*r eine Straftat, so kann dies Auswirkungen auf den Aufenthalt in Deutschland haben. Viele verknüpfen mit dem Begriff der Straftat eine solche nach dem Strafgesetzbuch. Doch gibt es auch ein migrationsrechtliches Nebenstrafrecht. Generell kann eine Bestrafung - je nach Strafmaß - zur Nichterteilung eines Aufenthaltstitels, zum Erlöschen eines Aufenthaltstitels oder zum Widerruf der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzes führen.*

von *kilian umbach*

### Verschiedene Begriffe

Nach dem Strafgesetzbuch ist eine Straftat eine rechtswidrige Tat, die gegen ein Strafgesetz verstößt. Jedoch sind nicht alle Straftatbestände im Strafgesetzbuch geregelt. Im Migrationsrecht ist zum Beispiel die strafbare Einreise ohne den erforderlichen Aufenthaltstitel (§ 95 Aufenthaltsgesetz (AufenthG)) oder die unrichtige Angabe im Asylverfahren (§ 85 Asylgesetz (AsylG)) als Nebenstrafrecht strafbar. Straftaten werden in der Regel mit Freiheits- oder Geldstrafe sanktioniert und sind von Ordnungswidrigkeiten zu trennen (Verwarnung oder ordnungsrechtliche Geldbuße). Freiheitsstrafen können bei einem Strafmaß von unter zwei Jahren zur Bewährung ausgesetzt werden, sodass die\*der Straftäter\*in nicht ins Gefängnis muss. Bei Geldstrafen werden Tagessätze festgesetzt: So wird zum Beispiel eine Geldstrafe von 1000 Euro verhängt, beispielsweise 100 Tagessätze à 10 Euro.

Das Asyl- und Aufenthaltsgesetz haben unterschiedliche Begriffe und Abstufungen der Schwere von Straftaten. Es wird zwischen Straftaten allgemein und Straftaten nach dem Aufenthalts- und Asylgesetz unterschieden (so zum Beispiel in § 19d Absatz 1 Nummer 7 AufenthG). Zudem gibt es verschiedene Abstufungen der Schwere einer Straftat. Beispielsweise gibt es die Begriffe »schwere nichtpolitische Straftat« (§ 3 AsylG), »schwere Straftat« (§ 4 AsylG), »Straftat von erheblichem Gewicht« (§ 23a Absatz 1 AufenthG) oder »Straftat von erheblicher Bedeutung« (§ 25 Absatz 3 Nummer 2 AufenthG). Diese Begriffe wurden von Behörden und Gerichten ausgelegt und damit näher definiert, führen in der Praxis jedoch häufig zu Problemen.

Gerade geringfügigere Delikte werden häufig im sogenannten Strafbefehlsverfahren abgeurteilt. Bei einem Strafbefehl findet keine mündliche Verhandlung statt. Ein Strafbefehl darf nur bei Straftaten von

maximal einem Jahr Freiheitsstrafe oder Geldstrafe ergehen. Wird gegen einen Strafbefehl kein Einspruch erhoben, so hat der Strafbefehl die gleiche Wirkung wie ein Urteil.

## Ausländerrechtliche Folgen einer Verurteilung wegen einer Straftat

Unabhängig davon, ob eine Straftat nach dem Strafgesetzbuch, dem Aufenthaltsgesetz oder einem sonstigen Gesetz begangen wird, kann die Verurteilung zu einer Geld- oder Freiheitsstrafe weitere Folgen haben. So benötigen Drittstaatsangehörige für den Aufenthalt in Deutschland einen Aufenthaltstitel. Die Erteilung und Verlängerung eines Aufenthaltstitels setzen voraus, dass kein Ausweisungsinteresse besteht (§ 5 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG). Auch vermeintliche geringfügige Delikte können ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse nach § 54 Absatz 2 Nummer 10 AufenthG begründen. Wird eine Person ausgewiesen, erlischt ein erteilter Aufenthaltstitel. Dann droht unter Umständen auch die Abschiebung. Selbst wenn keine Ausweisung erfolgt, droht bei strafrechtlichen Verurteilungen unter Umständen der Widerruf oder die Rücknahme eines bereits erteilten Aufenthaltstitels oder eines erteilten asylrechtlichen Schutzstatus. Neben der Bestrafung drohen somit weitere negative Konsequenzen für Drittstaatsangehörige. Auch die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis oder die Einbürgerung können an strafrechtlichen Verurteilungen scheitern.

**Kilian Umbach**  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand  
Universität Konstanz

## Das Bundeszentralregister

Strafgerichtliche Verurteilungen werden in das Bundeszentralregister eingetragen. Ausländer- oder Einbürgerungsbehörden können Auskunft aus diesem erlangen. Straftaten gelten nach einiger Zeit als verbüßt und dürfen dann nicht mehr herangezogen werden (sogenannte Tilgung, § 45 Bundeszentralregistergesetz, BZRG). Die Länge der Tilgungsfrist ist in § 46 BZRG geregelt und beträgt mindestens fünf Jahre. Schon bei einer einzigen Verurteilung zu »nur« 100 Tagessätzen, beträgt die Tilgungsfrist ab

dem rechtskräftigen Urteil oder dem rechtskräftigen Strafbefehl zehn Jahre.

## Vorgehen in der Praxis

Sollten Sie oder eine Ihnen bekannte Person von der Polizei oder der Staatsanwaltschaft einer Straftat bezichtigt werden, empfiehlt es sich, Rechtsberatung in Anspruch zu nehmen. Es besteht zudem jederzeit das Recht, einen Anwalt\*ine Anwältin zu kontaktieren, bevor Angaben gemacht werden. Wegen der möglichen gravierenden Folgen strafrechtlicher Verurteilungen im Aufenthalts- bzw. Asylrecht ist es empfehlenswert, möglichst frühzeitig Rechtsberatung zu suchen. Für Einsprüche gegen Strafbefehle gilt eine kurze Frist von zwei Wochen! Oftmals wissen Personen nicht, ob es zu einer strafrechtlichen Verurteilung kam, ob es sich um eine Geldstrafe oder Geldbuße gehandelt hat und wann die Tilgungsfrist abläuft. Deswegen ist es ratsam, einen Antrag auf Auskunft aus dem Bundeszentralregister zu stellen. Die entsprechenden Informationen finden sich aber beispielsweise auch in der Ausländerakte, in die man im Wege der Akteneinsicht Einblick erhalten kann. Strafrechtliche Verurteilungen können zum Verlust des Aufenthaltstitels oder bei schweren Straftaten sogar zum Verlust des asylrechtlichen Schutzstatus führen. Im schlimmsten Fall droht sogar eine Abschiebung. Bei Verurteilungen können Rechtsberatungsstellen helfen, Tilgungsfristen des Bundeszentralregisters zu berechnen und aufenthaltsrechtliche Folgen einzuschätzen. \_

Mehr Informationen erhalten Sie in der Arbeitshilfe von Markus Sade: »Gefährdeter Aufenthalt in Deutschland bei Verurteilung? Einführung in die Verzahnung des Strafrechts mit dem Aufenthalts- und Asylrecht« als pdf unter <https://fluechtlingsrat-bw.de/arbeitshilfen-und-publikationen/>

oder über den QR-code





aktuelle anfrage

## Können Menschen eingebürgert werden, die unverschuldet SGB II/XII-Leistungen beziehen?

*Seit dem 27. Juni 2024 gilt ein neues Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG). Schon nach fünf Jahren rechtmäßigen Aufenthalts können Menschen jetzt eingebürgert werden. Außerdem ist der Besitz mehrerer Staatsangehörigkeiten nun allgemein akzeptiert. Eine weitere Änderung betrifft das Erfordernis der Lebensunterhaltssicherung. Diese schließt viele Menschen von der Anspruchseinbürgerung aus, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst sichern können. Wie können diese Menschen dennoch eine Einbürgerung erreichen und auf was sollten sie achten?*

von *melanie skiba*

**V**or Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes war die Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II oder XII unproblematisch, wenn die Leistungen unverschuldet bezogen wurden. Dies wurde beispielsweise bei Alleinerziehenden oder Studierenden angenommen. Seit der Gesetzesänderung gilt: Grundsätzlich muss für die Anspruchseinbürgerung der Lebensunterhalt ohne Inanspruchnahme von SGB II/XII-Leistungen

gesichert werden können. Ob die Person etwas dafür kann, dass sie die Leistungen bezieht, spielt keine Rolle mehr. Es gibt nur noch folgende Ausnahmen:

- **Menschen, die als Gastarbeiter\*innen oder DDR-Vertragsarbeiter\*innen nach Deutschland gekommen sind, und deren Ehepartner\*in, wenn sie unverschuldet SGB II/XII-Leistungen beziehen, und**

- **Personen, die in den letzten zwei Jahren 20 Monate Vollzeit gearbeitet haben und ihre Ehepartner\*in, wenn sie mit mindestens einem minderjährigen Kind in familiärer Gemeinschaft mit der in Vollzeit arbeitenden Person leben.**

Menschen, die unverschuldet SGB II/XII-Leistungen beziehen, sollten neben einer Anspruchseinbürgerung nach § 10 StAG explizit auch eine Ermessenseinbürgerung nach § 8 StAG beantragen. § 8 StAG ermöglicht nämlich »zur Vermeidung einer besonderen Härte« einen Verzicht auf den Nachweis der Lebensunterhaltssicherung. Laut den Vorläufigen Anwendungshinweisen des Bundesministeriums des Inneren kann diese Ausnahme insbesondere bei folgenden Fallgruppen zum Tragen kommen:

- **Menschen mit einer Behinderung oder Erkrankung**
- **Menschen im Rentenalter**
- **Alleinerziehende und gegebenenfalls**

**weitere Personen, die ein minderjähriges Kind betreuen**

- **Personen, die pflegebedürftige Angehörige pflegen**
- **Schüler\*innen, Auszubildende und Studierende**

Im Antrag beziehungsweise in einem Begleitschreiben sollten die Menschen erläutern, was sie alles versucht haben, um den Lebensunterhalt zu sichern und warum es ihnen nicht möglich war/ist. Nachweise, die die Argumentation stützen (zum Beispiel Ablehnungsschreiben von Kindertagesstätten oder fachärztliche Atteste), sollten dem Antrag beigelegt werden. Bei Menschen mit Behinderungen sollte auch auf die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen verwiesen werden, welche die Teilhabe und Nicht-Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen vorsieht.

Bei Ablehnung des Antrags sollten Rechtsmittel geprüft werden. Wenden Sie sich bei Fragen hierzu gerne an uns. \_

**melanie skiba**

ehem. Mitarbeiterin  
der Geschäftsstelle des  
Flüchtlingsrats BW

**Dieser Infokasten bezieht sich auf den nachfolgenden Artikel  
Argumentationshilfe gegen extrem rechte Positionen**

Für mehr Informationen  
können Sie sich hier einlesen:

Belltower News: <https://www.belltower.news/was-sie-jetzt-gleich-gegen-fortschreitenden-rechtspopulismus-tun-koennen-45566/>



Hillje, Johannes. *Das »Wir« der AfD - Kommunikation und kollektive Identität im Rechtspopulismus.* Frankfurt 2022

Hillje, Johannes. *Propaganda 4.0 - Wie rechte Populisten Politik machen.* Bonn 2017

Rolf Gloël; Kathrin Gützlaff; Jack Weber: *Gegen Rechts argumentieren lernen.* VSA Verlag. Hamburg.

Mernyi, Willi; Niedermair, Michael: *Demagogen entzaubern: Hetzer stoppen. Propaganda entlarven. Vorurteile entkräften.* OGB Verlag.

Thiele, Albert: *Argumentieren unter Stress. Konflikte souverän meistern.* DTV. Frankfurt am Main.

Hufer, Klaus-Peter: *Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen.* Wochenschau Verlag. 2015

Steffan, Philipp, *Tadel verpflichtet! e.V.: Sag was!: Radikal höflich gegen Rechtspopulismus argumentieren (Deutsch) Taschenbuch.* 2019

im fokus

gegenrede

# Argumentationshilfe gegen extrem rechte Positionen



Foto © Lucie Hosova

*Viele Menschen wollen dem Rechtsruck unserer Gesellschaft etwas entgegensetzen. Joachim Glaubitz versammelt Tipps, die Sie im Kontakt mit extrem rechten Positionen stärken.*

von *joachim glaubitz*

**E**ine wirkungsvolle Reaktion auf menschenfeindliche Äußerungen erfordert eine gute Vorbereitung. Dabei spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. Zunächst ist eine inhaltliche Vorbereitung wichtig: Neben wissenschaftlichen Erkenntnissen sollten Anekdoten und emotionale Aspekte berücksichtigt werden. Ein stabiles persönliches Standing hilft ebenfalls: Wer sich seiner eigenen wunden Punkte bewusst ist, eine beobachtende Rolle einnimmt und innere Ruhe bewahrt, kann besser in schwierigen Diskussionen reagieren. Zudem sollte das eigene Menschenbild geprägt sein von Offenheit und Interesse, ohne dabei menschenfeindliche Aussagen zu tolerieren.

Um die richtige Strategie zu finden, sollte der Kontext betrachtet werden: Wer sind die Beteiligten und Zuhörer\*innen? Welche eigene Rolle nimmt man ein? Ist es möglich, ein konstruktives Gespräch zu führen?

Entscheidend ist es außerdem, sich zu überlegen, welches Ziel man verfolgen möchte: Geht es darum, den eigenen Standpunkt zu verdeutlichen, das Gegenüber zu überzeugen oder eine dritte, stille Zuhörerschaft zu erreichen? Manchmal steht der Schutz und die Unterstützung Betroffener im Vordergrund. Grundsätzlich sollte Authentizität gewahrt und die eigenen Ressourcen bedacht werden, denn nicht jede Situation erlaubt oder erfordert ein Eingreifen. Die eigene Sicherheit hat stets Vorrang.

In der direkten Reaktion gibt es einige Möglichkeiten: ein Schritt, der wenig Vorbereitung bedarf, ist soziale Bestätigung zu vermeiden, indem man beispielsweise nicht zustimmend nickt. Ergreift man das Wort, sollte der eigene Redeanteil angemessen gehalten werden. Spricht man mit Freund\*innen kann mit Doppelbotschaften gearbeitet werden, etwa: »Als Freund bist du mir wichtig, aber was du hier erzählst,

ist nicht richtig.« Hilfreich ist es, eigene Erfahrungen, Verletzungen, Gefühle und Werte zu benennen, denn sie schaffen emotionale Verbindungen.

Dem Gegenüber sollte stets Respekt entgegengebracht werden, z.B. indem man zuhört, bevor eine Reaktion erfolgt. Herabwürdigungen, Bedrohungen oder Vorwürfe sollten vermieden werden, auch weil sie ungewollte Solidaritäten erzeugen können. Das schließt jedoch eine klare Haltung gegen menschenfeindliche Inhalte nicht aus.

Zu beachten ist, dass zu komplexe Argumentationen oder moralisierende Reden wenig hilfreich sind. Weiterhin werden in vielen Diskussionen Begriffe wie »Migration«, »Flucht« oder »Asyl« sehr unscharf verwendet, deshalb ist es ratsam, sie zu klären.

Fühlen Sie sich in dem Gespräch isoliert oder bedroht, ist es eine gute Option, Dritte einzubeziehen und Unterstützung zu suchen.

Es gibt diverse Techniken, um menschenfeindliche Argumente zu entkräften. Eine Möglichkeit ist es, gezielte Rückfragen zu stellen und Quellen oder Fakten einzufordern. Spiegeln hilft dabei, Aussagen zu hinterfragen: »Sie meinen also, dass...?« Whataboutism und permanente Themenwechsel sollten benannt und unterbunden werden.

Die Gerade-Weil-Technik ist besonders wirksam: »Gerade weil Unterkünfte so überfüllt sind, müssen wir uns für Wohnraum und Arbeitsmöglichkeiten einsetzen.« Dabei lassen sich negative Aussagen in positive Handlungsmöglichkeiten umwandeln.

Zudem ist es wichtig, gegen Überdramatisierung und hypothetische Annahmen vorzugehen, Verallgemeinerungen zu widersprechen und Fakten zu betonen. Gegenbeispiele können Irritation schaffen und logische Fehlschlüsse aufzeigen, etwa: »Es gibt nicht wegen Geflüchteten zu wenig Wohnraum, sondern aufgrund von Versäumnissen im Wohnungsbau.«

Um eine Diskussion aufbauen zu können, sollten Argumente an die Denkmuster des Gegenübers angepasst und wichtige Punkte wiederholt werden. Fakten lassen sich durch lebendige, humorvolle Anekdoten untermauern.

Eine Diskussion sollte jedoch nicht endlos geführt werden – irgendwann beginnt man, sich im Kreis zu drehen. In jeder Diskussion sollte auf Gruppenzuweisungen wie »Wir« vs. »Die« hingewiesen und ihnen widersprochen werden.

Digitale Räume sind mitunter mit Hass geflutet. Hier kann es helfen, sich standardisierte Antworten zu Recht zu legen, z.B. »Was Sie hier äußern, ist menschenfeindlich und keine demokratische Meinung«.

Es gibt jedoch immer wieder Gespräche, die keine inhaltliche Auseinandersetzung zulassen. Hier ist es erst einmal wichtig, Ruhe zu bewahren und auf faire Gesprächsregeln zu bestehen. Das hat den Effekt, dass Außenstehenden deutlich wird, wer überhaupt in der Lage ist, eine faire Diskussion zu führen.

(Unterschwellige) Bedrohungen oder Angriffe sollten offen angesprochen werden: »Sie machen Angst« oder »Sie verunsichern.«

Manchmal hilft auch ein emotionales Umlenken: »Sie scheinen sehr erregt, was haben Sie selbst erlebt?« Diese Strategie benötigt aber »Fingerspitzengefühl«.

Wenn Sie eine Aussage ablehnen, sollten Sie das begründen. Auf diese Weise entsteht eher Akzeptanz für Ihre Position. Dabei gilt es, die eigenen Grenzen der Expertise zu erkennen. Nicht immer gibt es eine klare Antwort, denn viele Themen sind komplex. Eine gewisse Ambiguitätstoleranz ist daher erforderlich, da es nicht immer eine perfekte Lösung gibt.

Grundsätzlich ist entscheidend, den gesellschaftlichen Common Sense, dass rechtsextreme Ideologie keinen Platz haben darf, zu stärken.

Die Politik ist in der Pflicht, Alltagsprobleme konstruktiv anzugehen, sei es in den Bereichen Löhne, Wohnen, oder Energie. Es geht darum, Solidarität gegen Konkurrenz zu platzieren und Kommunikation so zu gestalten, dass Probleme benannt werden können, ohne Demokratie und Menschenrechte in Frage zu stellen. Hierfür ist es unabdingbar, Demokratiebildung zu fördern und positive und emotionale Geschichten über Demokratie und ein gelungenes Zusammenleben zu entwickeln. \_

**Joachim Glaubitz**

Referent im Bereich  
Rechtsextremismus u. a. im  
Caritasverband Rottenburg-  
Stuttgart

politisches engagement

# Omas im Einsatz für eine offene Gesellschaft

*Die »Omas gegen rechts« entstanden während der »Flüchtlingskrise«. Dies geschah als Reaktion auf rechtsextreme Kräfte, die versuchten, mit Hass und Hetze die Gesellschaft zu spalten, indem sie vor allem Angst schürten vor den Hilfesuchenden, welche nach Europa kamen. Rechtsextreme versuchten darauf Einfluss zu nehmen, dass Europa zu einer Festung wird.*

von *anna ohnweiler*

**D**ie erste »Omas gegen rechts«-Gruppe wurde am 16. November 2017 von Monika Salzer in Österreich gegründet. Inspiriert hiervon, und um unsere Stimme gegen den wachsenden Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus in Deutschland zu erheben, gründete Anna Ohnweiler am 27. Januar 2018 in Nagold die bundesweite überparteiliche zivilgesellschaftliche Initiative als Facebook-Gruppe »Omas gegen rechts in Deutschland«. Gleich nach der Gründung schloss sich Gerda Smorra aus Bremen an und rief im ersten Jahr mit Anna Ohnweiler gemeinsam mehrere Gruppen ins Leben.

Anfang 2019 entstand unter Gerda Smorra eine neue Initiative, welche sich »Omas gegen rechts Deutschland-Bündnis« nannte.

Anna Ohnweiler führte die Initiative »Omas gegen rechts in Deutschland« mit mehreren Mitstreiterinnen weiter und gründete mit elf Gründungsmitgliedern am 26. Februar 2019 den Verein »Omas gegen rechts Deutschland e.V.«, welcher am 2020 ins Vereinsregister eingetragen wurde.

Die beiden Initiativen unterscheiden sich nur dadurch, dass die Initiative »Omas gegen rechts Deutschland-Bündnis« die Vereinsform ablehnt und die Initiative »Omas gegen rechts in Deutschland« den Verein als rechtliches Backup für die Initiative nutzt. Beide Initiativen haben das gleiche Ziel und arbeiten zusammen. Alle Gruppen, welche sich der Initiative »Omas gegen rechts in Deutschland«



Autorin und Mitbegründerin Anna Ohnweiler  
Foto © privat

zugehörig fühlen, agieren autark und werden nur bei Bedarf und Verlangen vom Verein unterstützt. Vereinsmitglieder können nur einzelne Personen und nicht ganze Gruppen werden. Die Initiative wuchs rasch. Binnen kurzer Zeit entstanden zahlreiche Regionalgruppen. Mittlerweile haben die »Omas gegen rechts in Deutschland« in den etwa 300 bundesweiten Facebook-Gruppen etwa 40.000 Mitglieder. Der Verein steuert auf 8.000 Mitglieder zu.

Der Verein beabsichtigt nicht, eine hierarchische Struktur aufzubauen. Die einzelnen Gruppen der Initiative OMAS GEGEN RECHTS IN DEUTSCH-



Foto © privat

LAND sind nur an die Grundsätze der Initiative gebunden, entscheiden aber eigenständig. Der Verein will dies nicht ändern, er will keine Vorschriften machen, sondern den Regionalgruppen nur Unterstützung anbieten. Dennoch benötigt der Verein aus rechtlicher Sicht eine Struktur und Posten (Vorstand), die besetzt werden müssen, doch alle Vorstandsmitglieder arbeiten ehrenamtlich.

### Die größte Herausforderung der letzten sieben Jahre - Migration und Erstarken des Rechtsextremismus

Als immer mehr Menschen auf der Flucht vor allem im Mittelmeer ertranken, setzten sich die Omas dafür ein, dass das Asylrecht nicht ausgehebelt und vor allem Artikel 1 des GG, also die Menschenwürdegarantie, gewahrt wird. Wenn die Rechtsextremen auf die Straße gingen oder gehen, hielten und halten die Omas dagegen, so dass man in ganz Deutschland bei den Gegendemonstrationen stets auch Transparente der Omas sah und sieht, weil sie die Migrationspolitik der erstarkenden Rechtsextremen, welche durch die AfD auch Einzug in Bundes- und Landesparlamente gefunden haben, entschieden ablehnen. Was die Omas besonders beunruhigt, ist die Tatsache, dass sich dadurch der Rechtsextremismus den Weg in die Mitte der Gesellschaft gebahnt hat.

#### **anna ohnweiler**

Lehrerin i.R., 1. Vorsitzende  
des Vereins OMAS GEGEN  
RECHTS DEUTSCHLAND e.V.

### Gegen Rassismus, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und Verschwörungsmythen - Die Position der Omas gegen rechts in Deutschland

Der wichtigste Grundsatz der Initiative ist, sich gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Hetze einzusetzen und die unantastbare Würde aller Menschen zu wahren, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht und sexueller Orientierung. Dies steht im krassen Gegensatz zu dem in Teilen rassistischen, völkischen, islamfeindlichen, antisemitischen und verschwörungsideologischen Weltbild der AfD.

Mit rechtsextremer Hetze verschob die AfD die Grenze des Sagbaren. Rassistische Parolen, die früher nur in hintersten Stammtischecken geäußert wurden, werden nun ganz offen ausgesprochen in den sozialen Medien bis hinein ins Parlament. Die »Omas gegen rechts in Deutschland« lassen keine rassistische Parole unwidersprochen im Raum stehen. Die hetzerischen und gewalttätigen Parolen der AfD machen diese zum geistigen Brandstifter für viele rechtsextreme und verschwörungsideologische Straftaten, wie das antisemitische Attentat in Halle, das islamfeindliche Attentat in Hanau und der Versuch im August 2020, mit einem Sturm auf den Reichstag die parlamentarische Demokratie zu zerstören. Deshalb befürworten die »Omas gegen rechts in Deutschland« die Beobachtung der AfD durch den Bundesverfassungsschutz. \_

Omas gegen rechts - Der Verein:  
<https://www.omas-gegen-rechts.org/der-verein>



Omas gegen rechts Deutschland,  
die Initiative: <https://omasgegenrechts-deutschland.org>





Foto © Rhondak

kommentar

# Wunderbare Parallelgesellschaften

2016 veröffentlichte Hadija Haruna-Oelker den Artikel »Wunderbare Parallelgesellschaften« im Magazin »Welt-Sichten«. Der Flüchtlingsrat dokumentiert im Folgenden Teile des Artikels, die sich lesen, als seien sie heute geschrieben worden und deren Relevanz ungebrochen ist. An einigen Stellen hat die Autorin den Artikel aktualisiert.

kommentar von *hadija haruna-oelker*

**I**n der aktuellen Debatte hat auch das Thema »unsere Werte« wieder Hochkonjunktur. Ich frage mich, von welchen Werten genau, von welchem »uns« gesprochen wird. Die Sorge um »unsere Werte« ist für mich Ausdruck eines Hilferufs in einer komplexer werdenden Welt – ob es nun darum geht, sich mit der Fremdheit der Geflüchteten oder mit vermeintlichen Parallelgesellschaften auseinanderzusetzen oder seit der Silvesternacht von Köln 2015 patriarchalische Frauenbilder abzuwehren. Persönlich ist mein wichtigster Wert die Freiheit. Im Extremfall verstoßen

Extremist\*innen dagegen – im Alltag mein Gegenüber durch rassistisches Verhalten oder Denken, etwa durch die pauschale Be- oder Verurteilung bestimmter Gruppen. Auch die Fähigkeit zu differenzieren ist ein wichtiger Wert. Er ist die Grundlage des Rechtsstaats.

## Mein Wertekanon ist vielfältig

Viel wird derzeit wieder über Integration geredet. Früher bezog sich diese Debatte hauptsächlich auf Zuwanderer\*innen und ihre Nachkommen, etwa aus

der Türkei oder Italien, auf die sogenannten Gastarbeiter\*innen. Jetzt geht es um die Neuankömmlinge aus Syrien, Afghanistan oder um die Eritreer\*innen der nächsten Generation. Der Tenor ist gleich geblieben. Wer will und Deutsch lernt, wer sich anstrengt und anpasst, soll eine faire Chance in Deutschland bekommen. Oder besser gesagt: kann dafür kämpfen, eine solche Chance zu bekommen. Denn genau das bedeutet es für viele Einwandererkinder.

Viele von ihnen leben eine »hybride Kultur«, wie es in der Sozialwissenschaft heißt: Sie fühlen sich mehreren kulturellen Räumen zugehörig. Und sie zählen zu einer Generation, die sich selbstbestimmte Namen gibt. Sie sind die Schwarzen, die Neuen Deutschen, die People of Colour Generation, und sie fordern Verständnis dafür, dass noch nie alle Deutschen weiß waren und dass »unsere Werte« neu überdacht werden müssen. Auch mein Werteverständnis wurde geprägt von der Erziehung einer christlich-deutschen Mutter und eines muslimisch-ghanaischen Vaters. Mein Wertekanon ist vielfältig. Das ist ein Gewinn. Ihn anderen zu vermitteln, kostet allerdings nicht selten Kraft.

Nicht ohne Grund haben sich deshalb die Kinder meiner Generation zusammengetan. Sie schreiben, performen oder bloggen über unser gesellschaftliches Verständnis, um unseren Wertevorstellungen in »unserer« Gesellschaft Ausdruck zu verleihen. Es geht um die Kopftuch-Frage, um das vermeintliche Integrationsdefizit, die Nationalhymne bei der WM nicht mitzusingen, um rassistische Wörter in Kinderbüchern, diskriminierende Polizeikontrollen oder die Frage nach den Grenzen von Satire. Diese Kinder »mit Migrationshintergrund«, die nicht länger so genannt werden wollen, verhandeln jetzt mit. Sie sind Deutschlands Kinder und Zukunft: aufgewachsen mit oder ohne deutschen Pass, als binationale Kinder, als Langzeitgeduldete oder irgendwann als die Nachkommen der jetzt neu dazukommenden Geflüchteten. Kein Wunder, dass diejenigen, die die Political Correctness hassen (die heute auch unter dem Begriff »woke« diskutiert wird) oder für die der Verlust deutscher Werte kein Ende zu nehmen scheint, sich in die Enge gedrängt fühlen.

## Integration bedeutet, Absolutheitsansprüche aufzugeben

Es ist Zeit, anzuerkennen, dass »wir« noch um einiges heterogener in Deutschland sind, als vielen bewusst ist. Wir sind religiös und atheistisch. Wir sind arm und reich, ohne Schulabschluss oder mit Hochschulbildung. Wir sind deutsch – mit und ohne Zuwanderungsgeschichte. Wir sind Ausländer\*innen. Wir entsprechen körperlich oder geistig der gesellschaftlichen Norm oder nicht. Wir leben heterosexuell und gleichgeschlechtlich, leben zweigeschlechtlich oder transidentitär. All das sind wir. Wir sind nicht einheitlich, wir leben verschiedene Leben in unterschiedlichen Milieus – in vielen Parallelgesellschaften. Für mich ist deshalb die Grundlage der Integration die Pluralität. Integration ist nicht nur ein Vorgang, bei dem die Neuen zu den Alteingesessenen hinzukommen. Integration bedeutet, Absolutheitsansprüche aufzugeben, für alle gesellschaftlichen Gruppen. Drehen wir die Perspektive weiter: Was muss eine Gesellschaft leisten, um inklusiv zu sein? Und Inklusion grenzt sich ab von Integration. Sie besagt, dass alle Menschen in einem bildlich gesprochen Kreis gleich oder ein bisschen unterschiedlich sind und sich darum innerhalb des Kreises so verändern müssen, dass Personen, die noch außerhalb des Kreises stehen, auch teilhaben können.

Inklusion ist ein anderes Wort für Demokratie, weil Demokratie eine Wertegemeinschaft ist, wie der Jurist und Publizist Heribert Prantl es einmal erklärte. Alle Mitglieder der Gesellschaft sollten also verstehen, dass sich für eine Gesellschaft der Gegenseitigkeit alle Seiten anstrengen müssen. Dass es Engagement und Bereitschaft braucht, Menschen offen zu begegnen, ihre Geschichten zu akzeptieren und dabei die eigene nicht zu vergessen.

Dazu muss eine inklusive Gesellschaft bereit sein, sich von Idealvorstellungen zu verabschieden und »die Widersprüche der Wirklichkeit auszuhalten und mit dem eigenen Unvermögen konfrontiert zu bleiben«, wie Bundespräsident Gustav Heinemann das Grundproblem »der Deutschen« einst beschrieb. Das auszuhandeln, geht nicht ohne Konflikte und

Frustrationen. Doch haben wir jahrelange Erfahrung mit Zuwanderung gemacht.

So braucht unsere Gesellschaft auch den Glauben an ihre eigene Kraft und den Mut, Fehler zu machen. Es braucht mehr Empathie und muss nicht immer gleich alles glatt laufen. Oder wie die Journalistin Dunja Hayali es in ihrer Dankesrede bei der Verleihung der Goldenen Kamera in der Kategorie »Beste Information« im Februar 2016 einmal ausdrückte: »Wahrheit braucht einfach Zeit.« Wie sinnvoll wäre es, endlich an gemeinsamen Werten zu arbeiten und sich dabei zu fragen, in welcher Welt wir gemeinsam in Deutschland leben wollen. Beginnen wir mit dem Verbindenden – ohne Angst, denn die »fressen bekanntlich Seele auf«. Beginnen wir damit die Schön-

heit in der Differenz zu sehen, worüber ich 2022 ein ganzes Buch geschrieben habe und in einem Folgewerk auf Möglichkeiten des Zusammenseins eingehe. Es braucht in dieser Zeit Einsprüche und Gegenerzählungen zu den gängigen und einseitigen Bildern unserer Migrationsgesellschaft, was ich schon 2016 so empfand, als ich diesen Text in der Erstfassung schrieb und ihn mit den Worten endete, dass wenn die erstarkenden Ressentiments gegen muslimisches Leben weiter wachsen, uns das nachhaltig schaden würde. Dann hätten wir aus unserer Geschichte so gar nichts gelernt. Und das ist noch immer nicht genügend passiert. \_

**hadija  
haruna-oelker**  
Journalistin, Moderatorin  
und Autorin

#### Zusatzinformation:

Im Original: Hadija Haruna-Oelker »Wunderbare Parallelgesellschaften« (erschieden im Magazin »Welt-Sichten« Ausgabe 3 / 2016: Flucht und Migration: Dahin, wo es besser ist, S. 20 -21). Der Artikel im Original ist auf der Homepage von »Welt-Sichten« abrufbar: [https://www.ife.uzh.ch/dam/jcr:07050aef-5c53-4a9f-a06d-6d6fda003538/z383\\_2016\\_3.pdf](https://www.ife.uzh.ch/dam/jcr:07050aef-5c53-4a9f-a06d-6d6fda003538/z383_2016_3.pdf) oder über diesen QR-code



**FOLGT UNS AUCH AUF  
UNSEREN SOCIAL-  
MEDIA-KÄNALEN!**

 **FLÜCHTLINGSRAT  
BADEN-WÜRTTEMBERG**



@fluechtlingsrat.bw



facebook.com/fluechtlingsrat.bw



<https://bit.ly/33mC5SP>





seenotrettung

## »Dürfen nicht nur unsere Ängste sehen«

*Handelsschiffskapitän, promovierter Historiker und Seenotretter: Seit zehn Jahren setzt sich Klaus Vogel für die Rettung von Flüchtlingen auf dem Mittelmeer ein. Für sein Engagement wurde der 68-Jährige 2021 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Im Gespräch beklagt er mit Blick auf die Bundestagswahl einen Mangel an Menschlichkeit in der Debatte über Migration und erzählt, wann er auf hoher See das erste Mal einem Geflüchteten begegnet ist.*

von *moritz elliesen*

**Herr Vogel, Sie engagieren sich seit zehn Jahren für die zivile Seenotrettung von Geflüchteten auf dem Mittelmeer. Die öffentliche Debatte wird vor der Bundestagswahl vom Thema Migration und Asyl bestimmt. Wie blicken Sie auf diesen Winterwahlkampf?**

**Klaus Vogel:** Die Frage nach Flucht und Migration ist für mich persönlich sehr emotional, geprägt durch meine Erfahrungen als Seenotretter. Die öffentliche Debatte ist derzeit bestimmt von den Anschlägen und den Ängsten der Menschen. Die Erschütterung über diese Anschläge kann ich gut verstehen. Was aber nicht mehr vorkommt, ist die Lage der Mig-

rant\*innen und das Massensterben auf dem Mittelmeer. Wir dürfen nicht nur unsere Ängste sehen, sonst werden wir kalt.

**Was fehlt Ihnen?**

Mir fehlt die Menschlichkeit – die Frage, wie es den Menschen geht, wie ihre Lage ist und wie Migration positiv gestaltet werden kann. Ich vermisse die Haltung und den Mut, den es braucht, um Menschen konsequent zu retten und Migration so zu verändern, dass sie eine Bereicherung für alle ist.

Vor zehn Jahren gab es in der Bevölkerung eine große Bereitschaft, Geflüchtete aufzunehmen, was man dann Willkommenskultur genannt hat. Es gibt in der Gesellschaft immer noch viele Menschen, die sich für

Migrant\*innen oder die Seenotrettung engagieren. Aber die politische Debatte hat sich leider ein Stück weit davon entkoppelt.

### **Woran liegt das?**

Humanität ist ein weiches Thema. Es gibt eine harte, negative Strategie, mit Ängsten Politik zu machen. Bisher haben wir es nicht geschafft, mit unseren positiven Erfahrungen in der Öffentlichkeit gehört zu werden.

**Sie haben 2015 das europäische Seenotrettungs-Netzwerk SOS Méditerranée gegründet. Der deutsche Gründungsverein hat sich Ende 2021 aus dem Verbund gelöst und zu SOS Humanity umbenannt.**

### **Was hat Sie damals bewogen?**

Entscheidend war das Ende der italienischen Seenotrettungsoperation »Mare Nostrum«. Das war für mich der Grund, zu sagen: Das geht so nicht. »Mare Nostrum« hatte in einem Jahr mehr als 100.000 Menschen im Mittelmeer gerettet. Es war klar, dass es viele Tote geben würde, wenn man einfach damit aufhört. Also habe ich angefangen, ein Konzept für ein großes Rettungsschiff zu entwickeln.

### **Wie sind Sie weiter vorgegangen?**

Meine Frau und ich sind im März 2015 nach Lampedusa gefahren und haben dort mit den Menschen gesprochen, die sich schon damals um die Geflüchteten gesorgt haben. Wir haben gefragt: Könnt ihr euch vorstellen, dass wir mit einem großen Schiff kommen?

### **Und die Antwort?**

Sie haben gesagt, das wäre ein Traum. Mit diesem Auftrag sind wir zurück nach Deutschland gekommen, haben Unterstützung in Frankreich, Italien und Griechenland gesucht. Im Februar 2016 hatten wir unseren ersten Einsatz mit der gecharterten »Aquarius«. Heute gibt es rund 15 zivile Schiffe. Es ist eine ganze Flotte entstanden. Als SOS Humanity betreiben wir seit 2022 ein eigenes Rettungsschiff, die »Humanity 1«.

**Konnten Sie sich 2015 vorstellen, dass Sie das für die nächsten zehn Jahre machen werden?**

Die Hoffnung war damals, dass es ein Wendepunkt ist. Wir wollten erreichen, dass die Staaten die Seenotrettung wieder übernehmen. Das fordern wir bis

heute. Am Anfang hat man uns gedankt dafür, dass wir gekommen sind.

### **Wie ist Ihr Verhältnis zur italienischen Regierung heute?**

Es ist mit dem Regierungswechsel im Oktober 2022 sehr schlecht geworden. Seenotretter\*innen werden in ihrer Arbeit vielfach behindert, die Schiffe werden zur Ausschiffung der Geretteten weit in den Norden von Italien geschickt und regelmäßig festgesetzt. Sie fehlen dann auf der tödlichen Fluchtroute, wo sie dringend gebraucht werden.

**Trotz allem arbeiten Sie im Alltag bei Einsätzen immer wieder mit der italienischen Küstenwache zusammen.**

### **Wie läuft das ab?**

Die Leitung der italienischen Küstenwache wurde natürlich ausgetauscht. Aber auf den Schiffen sind es teilweise noch dieselben Beamten wie früher. Es gibt weiter ein Verständnis und auch Respekt für unsere Arbeit.

**Sie sind Historiker und ausgebildeter Handelsschiffskapitän. Direkt nach der Schule sind Sie zur See gefahren. Wann kamen Sie auf dem Meer das erste Mal mit Geflüchteten in Berührung?**

Das war gleich am Anfang, als ich 18 Jahre alt war. Wir waren auf dem Atlantik unterwegs. Auf den Kanarischen Inseln hatte sich ein Eritreer an Bord geschlichen, der dachte, wir würden nach Hamburg fahren. Tatsächlich wollten wir aber nach Mittelamerika. Nach drei Tagen tauchte er auf der Brücke auf.

### **Was haben Sie mit ihm gemacht?**

Wir haben ihn in Panama auf ein anderes Schiff unserer Reederei gegeben, das nach Europa gefahren ist. Dort hat er dann Asyl beantragt. Er war ein feiner Mensch, sehr gebildet, sehr klug – und auf der Flucht vor einer brutalen diktatorischen Regierung. \_

*Anm. der Red.: Ende Juni 2025 beschloß die Bundesregierung, die zivile Seenotrettung nicht länger finanziell zu unterstützen. Es ist erwartbar, dass sich die Lage im Mittelmeer dadurch zusätzlich verschärft.*

*Hinweis: Dieser Artikel wurde u.a. im Februar 2025 von der Evangelischen Pressedienst (epd) und dem MIGazin veröffentlicht und ist dort auf der Homepage mit weiterführenden Links auffindbar.*

**moritz elliesen**  
freier Journalist, u.a.  
für epd

# das tut sich in bw

angebot

## Gesundheit ist ein Menschenrecht

*Trotz der in Deutschland seit 2009 existierenden Pflicht zur gesetzlichen Krankenversicherung sind mehr als 60.000 Menschen hierzulande nicht krankenversichert. Das geht aus einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes hervor. Dafür, dass die Betroffenen im Ernstfall dennoch eine ausreichende medizinische Versorgung bekommen, setzen sich bundesweit die Malteser ein. Auch in Stuttgart haben sie eine Anlaufstelle: Regine Martis-Cisic ist die hiesige Koordinatorin der Malteser Medizin für Menschen ohne Krankenversicherung (MMM).*

von Anne Brockmann

» **W**aren Sie schon mal bei uns?«, fragt die Frau, die hinter dem Tresen sitzt. Sie ist Arzthelferin. »Ja«, antwortet der Mann auf der anderen Seite knapp. »Fein. Wie lautet denn ihr Name?«, möchte sie wissen. »Mickey Mouse 1«, erwidert er ganz selbstverständlich. Was seltsam anmuten mag, ist vollkommen normal in der Arztpraxis der Malteser in der Stuttgarter Böheimstraße 40.

»Ein Teil unserer Patient\*innenschaft hat keinen gesicherten Aufenthaltsstatus und bleibt deshalb lieber anonym. Wie alle anderen Ärzt\*innen auch unterliegen wir zwar der Schweigepflicht, viele fühlen sich dennoch sicherer, wenn sie ihre Identität nicht preisgeben müssen. Deshalb kann ein Pseudonym, wie Mickey Mouse 1 eine Möglichkeit sein, sich angstfrei behandeln zu lassen«, erklärt Regine Martis-Cisic, Koordinatorin des Projekts MMM. Sie ist fast von Anfang an in Stuttgart dabei. Eröffnet wurde der Standort in der Landeshauptstadt 2008. Seit 2014 gibt es in Mannheim eine zweite Anlaufstelle in Baden-Württemberg. Rund 1.500 Behandlungen führen die Teams in den beiden Praxen jährlich durch. Bundesweit betreiben die Malteser insgesamt

18 Standorte. 2023 haben 313 Ehrenamtliche gut 15.000 Behandlungen ermöglicht.

### Angetrieben von Idealismus und Menschenliebe

Die Praxis in Stuttgart befindet sich in Räumen des Marienhospitals, gegenüber des Krankenhauses. »Wir brauchen dort keine Miete zu zahlen, sondern müssen lediglich für die Nebenkosten aufkommen. Teilweise dürfen wir auch die Infrastruktur des Krankenhauses nutzen. Beides hilft uns enorm, unser Angebot aufrechtzuerhalten, und dafür sind wir sehr dankbar«, sagt Martis-Cisic, die in ihrem ersten Berufsleben Krankenschwester war. Sie hatte aber bald die Nase voll von einer »Pfleger nach Stoppuhr« und hat in der Folge Pflegewissenschaften studiert, um von der Metaebene aus an den Strukturen zu arbeiten. Genau wie sie tummeln sich im Team von MMM viele Menschen mit einem hohen Idealismus. Abgesehen von ihr als Koordinatorin und einer Krankenschwester in Teilzeit engagieren sich alle Ärzt\*innen sowie alle Assistierenden ehrenamtlich bei der MMM. »Wir sind der Überzeugung, dass Medizin ein Menschenrecht

ist und deshalb nicht abhängig sein darf vom sozialen Status oder anderen Faktoren«, fasst Martis-Cisic die Motivation zusammen.

Der Großteil der Medizinerschaft bei MMM sei früher in eigener Praxis tätig gewesen, hätte inzwischen aber das Rentenalter erreicht und würde die frei gewordene Kapazität nutzen, um sich ins Projekt einzubringen. Es gäbe aber auch junge Kolleg\*innen, die ihre freien Tage hergäben, um Menschen ohne Krankenversicherung zu behandeln. Martis-Cisic denkt dabei an einen jungen Zahnarzt von gerade mal 27 Jahren. Wenn er seinen freien Tag hat, kümmert er sich um die Patient\*innen von MMM. Das Leistungsspektrum der besonderen Arztpraxis ist groß. Fast alle Fachrichtungen sind im Team vertreten – Gynäkologie, Unfallchirurgie, Kardiologie, Gastroenterologie und einige mehr. Dennoch würden Ärzt\*innen fehlen, sagt Martis-Cisic. Immer

wieder veröffentlicht sie Aufrufe zum Mitmachen in den Zeitschriften der Ärztekammern. Am wirksamsten sei aber das Werben von Kollegin zu Kollege. »Die Ärzt\*innen in der Region kennen einander und haben im Bewusstsein, wann zum Beispiel jemand in den Ruhestand geht. Im direkten Gespräch klappt's dann manchmal, so jemanden für MMM zu gewinnen«, berichtet Martis-Cisic.

### Stuttgarter Clearingstelle wird weiter gefördert

Weitaus einfacher sei es, die Patient\*innen in die Praxis zu holen. Auch die sind untereinander gut vernetzt, weiß die Projektkoordinatorin, und das meiste läuft deshalb über Mund-zu-Mund-Propaganda. Darüber hinaus arbeiten die Malteser in diversen Arbeitskreisen und stehen in regem Kontakt mit Einrichtungen der sozialen Angebotslandschaft in Stutt-



Fotos © MMM Stuttgart

**DIE FEHLENDE  
KRANKENVERSICHERUNG IST IN  
DER REGEL DIE FOLGE EINES  
ANDEREN SCHWERWIEGENDEN  
PROBLEMS**

gart – Anlaufstellen für Obdach- und Wohnungslose, für Prostituierte, für Suchtkranke und für Migrant\*innen zum Beispiel. Rund 50 Prozent der Stuttgarter Patient\*innen kommen aus dem europäischen Ausland, viele davon aus Rumänien und Bulgarien. 15 Prozent sind deutsche Staatsbürger\*innen. Die übrigen 35 Prozent waren zuvor in allen anderen Ländern der Welt zu Hause.

»Wir stellen bei all unseren Patient\*innen nicht nur ein medizinisches Problem, sondern auch soziale Belastungen fest. Die fehlende Krankenversicherung ist in der Regel die Folge eines anderen schwerwiegenden Problems«, erzählt Martis-Cisic. Unter den deutschen Patient\*innen seien zum Beispiel einige ehemals Selbstständige, die mit ihrer Firma gescheitert sind und dann die Beiträge für die pri-

vate Krankenversicherung nicht mehr zahlen konnten. Was das Praxisteam mitunter

erlebt, sei heftig. Immer wieder gäbe es Menschen, bei denen sei die Erkrankung so weit fortgeschritten, wie es bei Menschen, die reguläre Arztpraxen aufsuchen, gar nicht passieren würde. Für Projektkoordinatorin Martis-Cisic muss die MMM daher unbedingt auch über eine Clearingstelle verfügen, die dabei unterstützt, wieder in eine Krankenversicherung zu kommen. Nach längerer Unklarheit ist es seit Februar offiziell, dass die Landesregierung das bestehende Projekt weiterfördert. Das ist natürlich sehr erfreulich. Eigentlich dürfe es das Bangen darum aber gar nicht geben, so Martis-Cisic. Denn nur mit einer Clearingstelle könne das Problem fehlender Krankenversicherungen langfristig gut angegangen werden.\_

*Hinweis: Dieser Artikel basiert auf dem gleichnamigen Artikel aus der Ausgabe 1/2025 der Straßenzeitung »Trott-war«, der um aktuelle Informationen ergänzt wurde.*

*Informationen zur »Malteser Medizin für Menschen ohne Krankenversicherung« finden Sie unter [www.malteser-bw.de/angebote-leistungen/malteser-medizin-fuer-menschen-ohne-krankenversicherung.html](http://www.malteser-bw.de/angebote-leistungen/malteser-medizin-fuer-menschen-ohne-krankenversicherung.html)*



Fotos © MMM Stuttgart

anti-deportation activism

# Bringing the refugees' perspective into the public gaze

*The number of deportations from Germany has increased significantly in the past two years. The Stuttgart based NGO Refugees4Refugees engages in monitoring deportations as well as promoting refugees' self-empowerment. Rex Osa, refugee activist and a former refugee himself in Germany gives us insights into its activities.*

von *REX OSA*

## What is Refugees4Refugees (R4R)?

R4R is a platform for refugee self-organisation founded 2010. The founding was based on years of political experience and the need to create a field for political exchange, a platform for refugees to empower themselves. We are collaborating nation- and even European wide.

## What is your goal or objective?

The main goal of R4R is to bring the refugees' narrative in the public gaze, much more than it has ever been. Most of our situations have been narrated by people not having refugee background. For this reason, we believe in this saying »It is he who wears the shoes that knows where it itches him«. This is based on our past experiences with people making demands on our behalf that are not truly in our best interest. They reflect what a third party thinks is good for us. We want to change this narrative so that we ourselves can be able to tell what is exactly good for us. Our demands will directly address what is meeting our needs rather than compromise with what at the end of the day appears as »beautified repression«.

## How can people support you?

Supporting our engagement starts from first of all understanding that anyone in solidarity with refugees should refer refugees to our network. The more refugees are able to recognize our impact, the more they can be part of the political process. The platform is an opportunity for them to really politicize themselves, share their experiences. It's not about how long someone has been here; it's about everyone having their own experiences. This exchange between new and old

activists is very important for the political process.

First of all, we need people to understand the fact that their responsibility is to encourage refugees to connect with us rather than »babying« them and trying to speak for them as we often hear in this society with phrases like »my refugees.«. The issue is to connect refugees with each other because they have a lot to gain from mutual empowerment. And when they are empowered, solidarity work becomes easier even for non-refugee groups. When refugees are not part of the political process then everything is compromising.

## What resources do you depend on?

Based on the need to maintain our political autonomy, we do not accept any form of state financing or sponsorship. We depend on our individual source of income and also support from persons and political groups in solidarity, who see our work as very important and try to support us. That means we rely heavily on members of the society who are in solidarity with refugees' struggle. So that's another way. Support in this sense means different things. It can be financial support which is also very important. Then alongside support in the areas of organising having to do with translations, helping to organize meetings in different regions for refugees that they are able to participate in and sharing experiences with refugees. There is a lot more normal practical support that we need.

## What are your latest actions?

Over the past year, R4R has been involved in a lot of activities. Practical ones here in Germany had to do with exposing the brutality of the German state



Foto © Refugees4refugees

against refugees in camps, such as police raids in Ellwangen, Donauwörth and other camps. When there is state repression in the refugee camps the initial news is always projecting the police report and the racist statement from the German state. A discriminating statement to kind of destroy the reputation of refugees. Our responsibility as R4R is to engage the refugees simply to translate the information for the public and encourage them to tell their own story about the actual situation. So we can change the narratives of the situation on the ground. It is about bringing refugees to understand that they have to tell their narratives to be able to denounce the statements of the state against them. Secondly, we are also actively involved in deportations as we are anti-deportation activists trying to always expose the deportation practice of Germany – not only the practices but also the brutality involved. One of our major concerns is monitoring deportations from European countries but Germany is our focus. For the past three years we have been targeting all our efforts in trying to monitor deportation flights to Nigeria. Being Nigerian myself it's easier to get through the terrains there. Since 2019, we have been organising a 'Deportee Emergency Reception and Support Team' (DERS). These are volunteers from the press, people who have also been deported (in the same process) and people who have interest in supporting people on arrival in Lagos. The main concern was to see that people are not left stranded at the airport, especially women and children, which is usually the case in Nigeria after their deportation.

**rex osa**  
activist with  
refugees4refugees

### What are the challenges of your anti-deportation activism?

One very important concern with this anti deportation and monitoring has to do with the years of experiences that people who are deported on charter deportation flights are just left without concern. It's just the question of what happens to them after being deported: nobody seems to know about it. We fight a lot here and try to support people and see their deportations are cancelled. But when they are at the end of the day deported they are forgotten. So this was one of the challenges that prompted this need to really organize such a project down in Nigeria. It is to see that after the deportation we can still defend the rights of these people. We can see how we can possibly share our experiences of people who are deported to Nigeria so to be politically involved in denouncing the situation of migration in Nigeria also. Since 2018 there is a migration information point, a project that we have started in Nigeria. The main idea is to create an autonomous center for migration in Nigeria, specifically in Benin City. Benin City is known as the migration hub in the region. The idea was to create a room that is peace for people who have been deported or people who are returning from Libya or other areas where they can share experiences and empower themselves as experts in the migration discourse in Nigeria.\_

Please visit [refugees4refugees'](https://refugees4refugees.org) website for more information and the opportunity to donate:





Im Jahr 2024 hat der Flüchtlingsrat neue Infomaterialien zu aktuellen Themen erstellt. Sie richten sich insbesondere an ehrenamtlich Engagierte, die sich für geflüchtete Menschen einsetzen. Die Publikationen entstanden im Rahmen des Projekts »Aktiv für Flüchtlinge 2024«, gefördert vom Ministerium der Justiz und für Migration und im Rahmen des Projekts »Perspektive durch Partizipation«, gefördert von der Aktion Mensch. Alle Broschüren stehen als PDF auf der Homepage des Flüchtlingsrats zur Verfügung. Einige können in unserem online-Shop auch in gedruckter Form bestellt werden.

von *melanie skiba*

**Arbeitshilfen:** Als Hilfestellung für geflüchtete Menschen und ehrenamtlich Engagierte erstellt der Flüchtlingsrat Arbeitshilfen. Je nach Zielgruppe sind diese niedrig- oder höherschwellig formuliert. Folgende Arbeitshilfen sind neu erhältlich:

- **Unterstützung von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten**
- **Ältere geflüchtete Menschen**
- **Verzahnung des Strafrechts mit dem Aufenthalts- und Asylrecht**
- **Das Dublin-Verfahren (auch auf Englisch und Arabisch)**
- **Familienasyl**
- **Das Chancen-Aufenthaltsrecht**

Darüber hinaus wurden Arbeitshilfen, die schon erstellt worden waren, aktualisiert, unter anderem zu den Themen Aufenthaltsverfestigung und Widerverfahren. Wie in den bisherigen Jahren wurden einige Arbeitshilfen in die Sprachen Arabisch und Englisch übersetzt, beispielsweise zum Dublin-Verfahren und zu Fragen der Passbeschaffung von Menschen aus Gambia.

**Schemata, Infoblätter und Checklisten:** Für Menschen, die mit einem aufenthaltsrechtlichen Thema konfrontiert sind, ist es hilfreich, einen Kurzüberblick über das jeweilige Thema zu erhalten. Daher haben wir 2024 auch solche Materialien zu einigen Themen erstellt:

- **Einbürgerung**
- **Niederlassungserlaubnis**
- **Ablehnung des Asylantrags (Fristen und Rechtsmittel)**
- **Bleiberechtsoptionen § 25a und § 25b AufenthG**
- **Unterschiede zwischen Duldung und Aufenthaltserlaubnis**
- **Checklisten zu Voraussetzungen für ein alternatives Bleiberecht (auch auf Englisch erhältlich)**

**melanie skiba**  
ehem. Mitarbeiterin  
der Geschäftsstelle des  
Flüchtlingsrats BW

Die aufgelisteten Publikationen finden Sie digital unter <https://fluechtlingsrat-bw.de/informieren/> oder:



Sie können Sie außerdem kostenlos in unserem Shop bestellen: <https://fluechtlingsrat-bw.de/material-bestellen/>



# Ich bin Mitglied, weil...

*Unterstützung der Zivilgesellschaft heutzutage sicherstellt,  
dass wir unsere Menschlichkeit nicht verlieren!*

von *alma stankovic*



Foto © Marcel Katz

**H**eutzutage werden durch den politischen Rechtsruck oft die vulnerabelsten Personen als Sündenböcke für gesellschaftlichen Unmut und Ungleichheit durch enthumanisierende Art und Weise dargestellt. Geflüchtete Personen sind dabei regelmässig das Ziel solcher falschen Angriffe, obwohl sie sowieso schon von der Politik übersehen werden. Selbst die zentralen Parteien sind bereit Rechte von Geflüchteten zu stützen, wenn es ihnen politisches Kapital bringt.

Als ehemaliges Flüchtlingskind weiß ich aus persönlicher Erfahrung wie wichtig es ist in genau diesen Situationen, wenn die Zivilgesellschaft sich für solche Personen einsetzt. Die Zivilgesellschaft ist in Lagen wie unserer die letzte Mauer, die uns davor bewahrt unsere Werte als Menschen und Identität als Rechtsstaat zu verlieren.

Wegen meiner eigenen Fluchterfahrung habe ich mich schon früh für die Wahrung von Flüchtlingsrechten eingesetzt, sowohl in meinem Studium, vor Allem in meinem Doktoratstudium in Flüchtlings-

recht, als auch durch meine Arbeit als zivilgesellschaftliche Anwältin in den USA. Seit ca. einem Jahr bin ich auch Mitglied im Flüchtlingsrat BW und unterstütze das Team der Geschäftsstelle ehrenamtlich in ihren Tätigkeiten.

Mein Beitrag ist eher klein im Vergleich zu der Leistung des Geschäftsstellenteams, welches sich tagelang extrem für Geflüchtete einsetzt. Dennoch macht es mir richtig Freude, wenn durch meine Arbeit auch nur ein bisschen anderen Menschen geholfen werden kann, Menschen, die wie ich und meine Familie in den 1990ern in einem fremden Land ein neues Leben aufbauen müssen.

Anderen zu helfen ist einer der besten Wege, wie wir unsere Menschlichkeit und Wärme nach aussen wirken lassen können, und ohne die Arbeit des Flüchtlingsrates BW und der verschiedenen Organisationen, die von dem Team unterstützt werden, würden wir einen grossen Teil unseres Seins verlieren. Deshalb bin ich Mitglied - mit Rat, Tat und Mitteln!\_

**alma stankovic**

Juristin und Sprecherin beim  
Flüchtlingsrat BW

# NOCH KEIN MITGLIED?

## Ihre Mitgliedschaft bewegt viel!

Als landesweit aktiver Verein setzen wir uns für eine humane Asylpolitik und menschenwürdige Lebensbedingungen von Geflüchteten in Baden-Württemberg ein. Wir unterstützen Betroffene, Ehrenamtliche und Hauptamtliche, indem wir unter anderem:

- Per Telefon und E-Mail beraten,
- Fortbildungen und Info-Veranstaltungen durchführen,
- Infomaterialien erstellen,
- Bei der Vernetzung von lokalen Initiativen unterstützen,
- Durch gezielte Lobbyarbeit auf die Politik einwirken,
- Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

Sowohl finanzielle Förderung als auch tatkräftiges Mitpacken - die vielfältige Unterstützung durch unsere Mitglieder hilft uns sehr. Wir bieten verschiedene Arten der Mitgliedschaft. Sie entscheiden selbst, ob Sie als stimmberechtigtes Mitglied an Vereinsaktivitäten teilhaben oder uns als Fördermitglied ohne Verpflichtungen regelmäßig finanziell unterstützen wollen.

**Werden Sie jetzt Mitglied  
und unterstützen Sie unsere Arbeit!**

Unser Mitgliedschaftsformular finden Sie online unter <https://fluechtlingsrat-bw.de/mitmachen/> oder durch Scannen des QR-Codes:



Stellungnahme Flüchtlingsrat BW

# Niemand darf aufgrund seiner Herkunft ...

... als Sicherheitsproblem markiert werden! Immer wieder werden Flucht und Migration im politischen und medialen Diskurs als Sicherheitsrisiko dargestellt. Aus Perspektive des Flüchtlingsrates muss endlich Schluss damit sein, Sicherheitspolitik auf dem Rücken geflüchteter Menschen zu machen. Hierzu bezieht der Flüchtlingsrat eine klare Stellung:

Autor\*in: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Die enge Verknüpfung von deutscher Migrations- und Sicherheitspolitik versetzt uns in einen Zustand großer Besorgnis. Unter anderem mit der Verabschiedung von »Sicherheitspaketen« auf Bundes- und Landesebene lieferte sich die Politik im vergangenen Jahr einen Überbietungswettkampf um die vermeintlich effizientesten Maßnahmen zur Abwehr geflüchteter Menschen. Statt den Fokus eindeutig auf die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Islamismus zu legen, setzen sie sich für Kürzungen von Sozialleistungen Geflüchteter, mehr Abschiebungen und Grenzkontrollen ein. Dadurch werden Flucht und Migration ausschließlich als Problem, sogar als Sicherheitsrisiko, dargestellt. Besorgt beobachten wir außerdem, wie die harte Gangart in der Migrationspolitik rechtliche Grundsätze ignoriert. Fakt ist, dass die Verstärkung von Grenzkontrollen europarechtswidrig ist und die Europäische Menschenrechtskonvention Abschiebungen verbietet, wenn Betroffene dadurch in Lebensgefahr geraten. Es ist beschämend, dass seitens der politischen Entscheidungsträger\*innen rechtliche Errungenschaften in Frage gestellt werden, nur, weil dies gerade politisch opportun erscheint. Die aktuelle Diskussion gefährdet die Solidarität in der Gesellschaft massiv und führt zu Spaltung. Geflüchtete werden stigmatisiert und auch länger in Deutschland lebende Migrant\*innen fühlen sich nicht mehr sicher. Sie erleben im Alltag stetig mehr

Rassismus und machen sich zunehmend existentielle Sorgen um ihre Zukunft in Deutschland. Manche Menschen überlegen sogar auszuwandern. Ihre Sicherheit und die gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen dieser Entwicklung werden in der aktuellen Debatte völlig ausgeblendet.

Es darf nicht länger der Anschein erweckt werden, dass sicherheitspolitische Interessen durch eine restriktivere Migrationspolitik gewahrt werden könnten. Stattdessen sollte der Fokus auf der Stärkung demokratischer Strukturen, der Teilhabemöglichkeiten aller Menschen sowie der Förderung des

gesellschaftlichen Zusammenhalts liegen. Wir möchten in einer Gesellschaft leben, in der rechtstaatliche Grundsätze hochgehalten werden – insbesondere in Zeiten, in denen unsere Demokratie gefährdet ist. Niemand darf aufgrund seiner Herkunft als Sicherheitsrisiko abgestempelt werden. Die Würde eines jeden Menschen muss im Mittelpunkt des politischen Diskurses stehen.

ES IST BESCHÄMEND, DASS SEITENS DER POLITISCHEN ENTSCHEIDUNGSTRÄGER\*INNEN RECHTLICHE ERRUNGENSCHAFTEN IN FRAGE GESTELLT WERDEN, NUR, WEIL DIES GERADE POLITISCH OPPORTUN ERSCHEINT.

Das gegenüberliegende Bild ist der Abdruck des neuen Flüchtlingsrats-Posters. Es soll in den aktuell schwierigen Zeiten Mut machen und ein Zeichen setzen. Sie können es im Shop bestellen und den Flüchtlingsrat Baden-Württemberg damit unterstützen. Denn der Erlös aus den Einnahmen kommt unserer politischen Arbeit zugute.





**SOLIDARITÄT**  
**STATT AUSGRENZUNG**

*Wir danken dem Designkollektiv The Odds sehr für die Idee und Umsetzung des Motivs!*

Bild: Plakat »Solidarität statt Ausgrenzung«  
© The Odds



engagement

## Kundgebung »Demokratie verteidigen – wählen gehen«

*Einen Tag vor der Bundestagswahl (am 22. Februar) fand eine Kundgebung des Bündnisses gegen Rechts Schwäbisch Hall-Hohenlohe statt. Dabei sprach auch Sadiq Zartila, Sprecher beim Flüchtlingsrat BW*

*von sadiq zartila*

**R**und 700 Menschen fanden sich am 22. Februar 2025 in Schwäbisch-Hall zusammen, um für Demokratie und Menschlichkeit ein Zeichen zu setzen. Sadiq Zartila hielt eine Rede, in der er unter anderem dazu aufrief, die Demokratie zu stärken und solidarisch zu handeln. Wir dokumentieren die Rede im Folgenden.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Demokratinnen und Demokraten, heute stehen wir hier – entschlossen, laut und vereint –, weil wir nicht schweigen können und nicht schweigen werden! Denn überall in Deutschland, in Europa und darüber hinaus erleben wir, wie rechte Ideologien wieder erstarben. Wir sehen, wie Hetze zur Politik gemacht wird. Wie Hass gegen Minderheiten, gegen Migrantinnen und

< Sadiq Zartila,  
Sprecher beim Flüchtlingsrat BW



Fotos: © Valentin Müller

Migranten und gegen all jene geschürt wird, die sich für eine offene, solidarische Gesellschaft einsetzen. Wir sehen, wie die Demokratie selbst angegriffen wird – von denen, die sich als »Alternative« verkaufen, aber in Wahrheit nur eines wollen: spalten, Angst säen und unsere Gesellschaft zurück in dunkle Zeiten führen.

## Doch wir sagen: Nicht mit uns!

Deutschland hat eine Geschichte – und aus dieser Geschichte ergibt sich eine Verantwortung. »Nie wieder Faschismus, nie wieder Rassismus, nie wieder Antisemitismus« – das darf keine leere Floskel sein. Es ist unser Auftrag – heute und jeden Tag.

Lasst euch nicht täuschen von schönen Worten oder vermeintlich harmlosen Parolen! Wer Menschenrechte angreift, wer demokratische Institutionen untergräbt, wer die Erinnerung an Verbrechen relativiert – der gehört nicht in Parlamente, sondern muss klar benannt und konsequent bekämpft werden!

Wir stehen hier für eine Gesellschaft, in der Menschenrechte unantastbar sind, in der Vielfalt als Stärke gesehen wird, in der niemand Angst haben muss, weil er oder sie anders aussieht, anders liebt oder anders glaubt.

Ich bin vor den Terroristen der Taliban geflohen, um in Sicherheit zu leben – in einem Land, in dem Menschlichkeit zählt. Ich habe meine Familie und meine Freunde verlassen, weil ich an eine bessere Zukunft geglaubt habe. Doch auch hier dürfen wir nicht wegsehen, wenn rassistische und rechtsextreme Kräfte versuchen, unsere Freiheit zu bedrohen.

Was in den letzten Tagen in Aschaffenburg und

München passiert ist, hat mich zutiefst erschüttert. Als ich von der Tat in Aschaffenburg hörte, war ich fassungslos und musste weinen. Doch so schrecklich diese Taten auch sind – wir dürfen nicht alle Menschen über einen Kamm scheren. Menschen sind unterschiedlich, es gibt überall Gute und Schlechte. Auch Deutschland hat eine Vergangenheit – eine dunkle Geschichte, die uns alle mahnt. Doch das bedeutet nicht, dass alle Deutschen Nazis sind. Genauso wenig, wie eine schreckliche Tat einen ganzen Kulturkreis oder eine Religion verurteilen darf.

Es gibt kein »afghanisches Blut«, kein »afrikanisches Blut«, kein »europäisches« oder »deutsches Blut«. Es gibt nur Menschlichkeit!

Unsere Antwort auf Hass ist Zusammenhalt.

Unsere Antwort auf Hetze ist Solidarität.

Unsere Antwort auf rechte Ideologie ist eine starke, wehrhafte Demokratie!

Liebe Freundinnen und Freunde, morgen ist Bundestagswahl. Es liegt in unserer Verantwortung, wählen zu gehen – und uns genau zu überlegen, welche Partei wirklich für Demokratie, Menschenrechte und ein friedliches Miteinander steht. Jede Stimme zählt!

Lasst uns laut sein.

Lasst uns sichtbar sein.

Lasst uns niemals aufhören, für eine gerechte, offene und freie Gesellschaft zu kämpfen!

Nie wieder ist jetzt!

Danke!\_

**sadiq zartila**  
Sprecher beim  
Flüchtlingsrat BW

# über den tellerrand

leseprobe und  
-empfehlung

## **Buch »einfach Mensch« von Mehrnousch Zaeri-Esfahani und Mehrdad Zaeri**

*Wir werden gelesen,  
mit Zuschreibungen,  
Erwartungen und  
Vorurteilen konfrontiert.*

*Aber wer sind wir wirklich?  
Dieser Frage stellen  
sich die Geschwister  
Mehrnousch und Mehrdad.*

*Ihre Antwort ist leicht  
und schwer zugleich.*





Fotos: © Verlag

leseempfehlung von *maren schulz*

*Ein berührendes Buch, das mit wenigen Worten und schlichten Illustrationen das sensible Thema der Zugehörigkeiten von Menschen in dieser Welt behandelt. Das Buch öffnet Augen, regt zum Nachdenken an, stiftet Verbindung und ruft zum friedlichen Miteinander auf. Alle Menschen, die Berührungspunkte mit Migration haben, egal ob jung oder alt, können sich von diesem Buch bereichern lassen.\_*

**maren schulz**  
Mitarbeiterin beim  
Flüchtlingsrat BW

Das Buch ist erhältlich beim Verlag  
Edition Bunte Hunde [https://  
editionbuntehunde.de](https://editionbuntehunde.de) oder über  
den QR-Code

britische abschiebungspraxis

# Sabine Zanker: »Ich kann das nur als herzlos bezeichnen«

*Die Juristin Sabine Zanker setzt sich seit Jahrzehnten für die Rechte Geflüchteter und anderer vulnerabler Gruppen im Vereinigten Königreich ein, die sich keine anwaltliche Beratung leisten können. Die letzten zehn Jahre lang war sie Mitglied des Independent Monitoring Board (IMB) des Heathrow Abschiebelagers. Dabei geht es um die Behandlung und die Rechte von Menschen, die abgeschoben werden sollen. Dieses Lager, von Sicherheitsmaßnahmen und räumlicher Ausstattung her mit einem Gefängnis vergleichbar, ist mit einer Kapazität von bis zu tausend Personen das größte seiner Art in Europa. Im Interview erklärt sie die Funktion von IMBs, was ihr aus den zehn Jahren besonders in Erinnerung geblieben ist und wie sich die politische Lage in Sachen Asyl und Migration in ihrer Wahlheimat Großbritannien entwickelt.*

*das interview führte kathi king*

**iz3w:** Unabhängige Monitoring Boards sind eine spezifisch britische Angelegenheit – kannst Du etwas zu ihrer Geschichte und Funktion sagen?

**Sabine Zanker:** Unter dem Motto »Our eyes on the inside, a voice on the outside« (deutsch: »Unsere Augen im Inneren, eine Stimme nach Außen«) gibt es ein Independent Monitoring Board (IMB) in jedem Abschiebelager, in jeder Haftanstalt und in jeder Polizeistation, in der Menschen die Nacht verbringen müssen, sowie in jedem Flughafen, in dem Menschen festgehalten werden, um zu prüfen, ob sie ein Recht auf legale Einreise haben. IMBs sind unabhängige Beiräte. Sie sind mit ortsansässigen Ehrenamtlichen besetzt. Bei Gefängnissen gibt es sie seit dem Prison Act von 1952, bei Einrichtungen im Bereich Immigration und Asyl seit dem Asylum Act von 1999.

2003 ratifizierte das Vereinigte Königreich zudem eine zentrale Ergänzung der Antifolterkonvention der Vereinten Nationen: das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere unmenschliche Behandlung oder Strafe (OPCAT). Das Übereinkommen soll den Schutz von Personen, denen die Freiheit entzogen ist und die daher besonders schutzbedürftig sind, verbessern. Die IMBs sind Teil

eines landesweiten Präventionsmechanismus, mit dem sich das Vereinigte Königreich dazu verpflichtet, dem Übereinkommen nachzukommen.

## Wie sieht Eure Arbeit beim IMB aus?

Die örtlich zuständigen IMBs müssen über alle bevorstehenden Abschiebungen informiert werden. Es wird dabei zwischen drei verschiedenen Fällen unterschieden:

Im ersten Fall entschließt sich die Person, die abgeschoben werden soll, zur freiwilligen Rückkehr. Da unternimmt das IMB nichts.

Ein anderer Fall ist es, wenn die Person, die abgeschoben werden soll, sich widersetzt und/oder aufgrund der Schwere ihrer Straftat bewacht nach Hause geflogen wird. Da würde ein Mitglied des örtlichen IMB (wenn möglich) beobachten: wie die Person den Transportbeam\*innen übergeben wird, ob diese fair und menschlich behandelt wird, ob Gewalt angewendet wird und ob diese nach den gesetzlichen Kriterien gerechtfertigt ist. Anschließend wird der Fall von den Kolleg\*innen des IMB am jeweiligen Flughafen übernommen, die den Vorgang bis zum Einsteigen in das Flugzeug beobachten und dokumentieren.



Foto: © Luca Boldrini

Zum Dritten gibt es die Besonderheit der Abschiebung per Charterflug: Hier werden bis zu zweihundert Personen gleichzeitig in ein Land abgeschoben. Aufgrund juristischer Einsprüche reduziert sich die Zahl der abgeschobenen Personen oft erheblich. So waren etwa beim ersten Versuch 2022, Asylsuchende nach Ruanda abzuschieben, genau vier Personen an Bord, bevor der Flug wegen einer Eilentscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte abgebrochen wurde. Das überregionale IMB Charter Flight Monitoring Team übernimmt hier in Zusammenarbeit mit den lokalen IMBs die genaue Beobachtung inklusive Begleitung auf ausgewählten Charterflügen. Auch ich war einige Jahre Mitglied eines Charter Flight Teams. Die Eindrücke sind zum Teil erschreckend. Zum Beispiel: Ein etwa 60-jähriger Mann weinte bei seiner Zwangsrückführung nach Pakistan fast ununterbrochen und wiederholte immer wieder: »Ich will nicht gehen«.

### **Gibt es einen anderen Fall, der Dir noch länger im Kopf geblieben ist?**

Einen Fall? Nein, es sind viele, die ich immer wieder vor mir sehe! Es berührt unser Gremium sehr, wenn

sich jemand in Abschiebehaft das Leben nimmt, nach einer Gewalttat stirbt oder deshalb verstirbt, weil die Schwere einer Erkrankung nicht erkannt wurde.

Die langen Stunden am Bett eines jungen Ägypters, der immer wieder das Bewusstsein verlor, werde ich nie vergessen. Dieser Mann hatte ein vermeintlich legales Visum nach England gekauft. Die ganze Familie hatte Geld zusammengekratzt. Erst bei der Einreise in Großbritannien stellte sich heraus, dass er auf einen Betrug hereingefallen war. Er wurde direkt am Flughafen in Abschiebehaft genommen. Nach einem langen Hunger- und Durststreik schwebte er zwischen Leben und Tod, wollte aber nicht ins Krankenhaus. Nein, er wollte sterben, die Schande war zu groß. Ich saß bis in die frühen Morgenstunden an seinem Bett in der Krankenstation, hielt ihm die Hand, strich ihm über die Stirn und versuchte immer wieder, ihn zum Weiterleben zu ermutigen. Um 3 Uhr morgens war er endlich bereit, sich ins Krankenhaus einliefern zu lassen, wohin ich ihn dann begleiten konnte. Der private Betreiber des Gesundheitszentrums des Abschiebegefängnisses hat mich dann bei der Dachorganisation des IMB der Körperverletzung bezichtigt, weil ich den jungen Mann angefasst habe,

ohne vorher seine Erlaubnis einzuholen. Ich hatte zuvor die Betreuung der Patient\*innen durch das ärztliche Team in Frage gestellt. Das war dann die Retourkutsche. Nach ein paar Tagen im Krankenhaus wurde er vorläufig aus der Abschiebehäft entlassen. Als sehr unmenschlich empfand ich zudem die Behandlung eines indischen Masterstudenten. Er war drei Monate vor seiner Abschlussfeier verhaftet und in Abschiebehäft genommen worden. Man verdächtigte ihn, während des Semesters mehr als die erlaubten 20 Wochenstunden gearbeitet zu haben. Je näher der Termin rückte, desto verzweifelter wurde der Student. Er beteuerte, er habe nur in den Semesterferien mehr als 20 Wochenstunden gearbeitet und die Feier, der krönende Abschluss seines Studiums, sei ihm so wichtig. Er habe bereits den Talar und den Hut für die Feier gemietet. Ein Foto von seiner Graduierung, in seinem Elternhaus stolz zur Schau gestellt, wäre so ein wichtiges Symbol für seine Eltern, die sich jahrelang aufgeopfert hätten, um ihm dieses Studium im Vereinigten Königreich zu ermöglichen. Der Student versuchte alles: Er trat in einen Hungerstreik, bat das IMB seinen Fall bei den monatlichen Treffen mit Vertreter\*innen des Innenministeriums vor Ort zur Sprache zu bringen, schrieb drei herzzerreißende Briefe an den für ihn zuständigen Beamten (Caseworker) des Innenministeriums. Doch er erhielt keine Antwort. Einen Tag nach seiner Abschlussfeier wurde er entlassen, nachdem sich die Anschuldigungen gegen ihn als haltlos erwiesen hatten. Ich kann das nur als herzlos bezeichnen.

**Du hast das IMB jetzt nach zehn Jahren verlassen. Für England war das eine politisch sehr ereignisreiche Zeit. Wie hat sich das auf Eure Arbeit ausgewirkt?**

Die Arbeit im Abschiebelager Heathrow hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Zu Beginn meiner Zeit beim IMB waren nur etwa 15 Prozent der Einsitzenden ausländische Strafgefangene, die nach Verbüßung ihrer Strafe in ihr Heimatland abgeschoben

**EINEN TAG NACH SEINER  
ABSCHLUSSFEIER WURDE  
ER ENTLASSEN, NACHDEM  
SICH DIE ANSCHULDIGUNGEN  
GEGEN IHN ALS HALTLOS  
ERWIESEN HATTEN. ...**

werden sollten. Der Rest waren Menschen, deren Aufenthaltsgenehmigung abgelaufen war. Ohne eine Meldepflicht wie in Deutschland ist es leichter, unter dem Radar zu leben. Da die Gefängnisse aus allen Nähten

platzen, ist der Anteil der Menschen, die zuvor eine Strafe verbüßt haben, in den letzten zwei Jahren auf rund 60 Prozent gestiegen. Diese Verschiebung der Klientel geht leider mit einer deutlichen Zunahme von Gewalt, Vandalismus und Drogenkonsum einher. Auch das politische Klima ist rauer geworden und die Anteilnahme der Bevölkerung an den Einzelschicksalen der Insass\*innen nimmt ab.

**Eine neue Labour-Regierung -  
gibt Dir das Hoffnung?**

Ich habe mich sehr über die neue Labour-Regierung gefreut, vierzehn Jahre konservative Tory-Regierung waren mehr als genug. Doch die Ernüchterung kam schnell. Aus Sorge um die Wähler\*innen am rechten Rand versucht sich auch Labour als ‚starke‘ Partei, die illegale, aber auch legale Einwanderung eindämmen will. Dabei sind Pflegeheime und Krankenhäuser seit dem Brexit gerade auf Migrant\*innen aus Nicht-EU-Ländern angewiesen.

Zwar hat die Labour-Regierung gleich nach der Wahl den Plan aufgegeben, Geflüchtete nach Ruanda abzuschieben, doch sie will die Kapazität der Abschiebezentren erhöhen. Auch Labour schafft es nicht, der negativen Rhetorik von »es gibt zu viele Ausländer\*innen in unserem Land« ein positives Bild entgegenzusetzen. Sehr ernüchternd! Eigentlich bräuchten wir ein öffentliches Forum, in der die vielen Erfolgsgeschichten der Migration ihren Platz haben und der Beitrag, den Migrant\*innen in unserer Gesellschaft leisten, sichtbar wird. \_

*Hinweise: Das Interview führte Kathi King per E-Mail. Es wurde in der Ausgabe vom November/Dezember 2024 der iz3w veröffentlicht.*

**kathi king**  
Mitarbeiterin bei iz3w

# da wär noch was

## interview

# »Ich frage mich, wie es weitergehen soll«

*Milad\* floh als Minderjähriger von Afghanistan nach Deutschland. Hier hat er die Schule besucht, eine Ausbildung abgeschlossen und arbeitet seit langem im Einzelhandel. Er hat uns erzählt, was er als geflüchteter Mensch erlebt und wie er die politische Stimmung wahrnimmt.*

*interview geführt von **sandra ludwig***

### **Wie war es für dich, 2015 in Deutschland anzukommen?**

Ich bin gut angekommen und habe gedacht, hier kann ich ein gutes Leben haben. Am Anfang habe ich wenige Menschen kennen gelernt, nur meine Betreuerin und meine Lehrerin. Das waren nette Leute. Da habe ich gedacht, die Menschen sind alle supernett, die helfen uns gern. Aber als ich später mehr mitbekommen habe, am Arbeitsplatz, auf social media oder Aussagen aus der Politik – da frage ich mich, wie es weitergehen soll.

### **Was hat sich seit 2015 deiner Meinung nach verändert?**

Als ich angekommen bin, haben uns die Ämter viel besser behandelt. Wenn ich mich heutzutage mit neu angekommenen Geflüchteten unterhalte, erzählen sie, dass sie viel weniger Hilfe bekommen. Vor allem, seit Geflüchtete aus der Ukraine kommen. Sie haben einen eigenen Aufenthaltstitel und es wird sich schnell gekümmert. Wenn Geflüchtete aus Ländern wie Syrien und Afghanistan Fragen haben, bekommen sie keine Antwort, habe ich oft den Eindruck. Es kommen mehr Leute nach, aber die Menschen, die schon seit Jahren hier auf einen Aufenthaltsstatus hoffen, bekommen keine langfristigen Perspektiven. Und wenn doch haben sie große Probleme, Verwandte nachzuholen. Die Behörden arbeiten da häufig sehr langsam. Diese Unsicherheit kann einen krank machen, denn das Leben von ganzen Familien

steht dann im Grunde still. Es ist wirklich zum Verzweifeln!

Dann gibt es natürlich die Politik. Wenn die Politiker im Parlament so offen schlecht über geflüchtete Menschen reden, ist das ein Problem. Das sind ja die Machthaber, sie sind gebildet. Reden die schlecht, dann reden die Menschen in der normalen Bevölkerung noch schlechter. Und sie behandeln uns geflüchtete Menschen noch schlimmer. Natürlich gibt es auch Straftäter, aber es sind doch nicht alle schlecht!

### **Was machst du sonst für Erfahrungen als geflüchteter Mensch?**

Vor den Wahlen haben ein paar Kollegen zu mir gesagt: »Am 23. (23.2.25, Datum der Bundestagswahlen, Anm. der Redaktion) kriegt ihr ein Ticket!« Vielleicht haben sie es im Spaß gemeint, vielleicht auch ernst. Ich habe einfach gelacht und gesagt: »Wir bleiben hier!«

Wenn ich mich neben eine ältere Dame in der S-Bahn setze, habe ich manchmal ein schlechtes Gefühl. Vorher haben sie ihre Handtasche einfach neben sich liegen. Wenn ich mich dazu setze, nehmen sie sie und halten sie ganz doll fest. Als ob ich ihnen die Tasche klauen würde.

### **Neulich warst du auch auf einer Demonstration gegen den Rechtsruck. Wie kam das?**

Ich schaue jeden Abend die Nachrichten aus Afghanistan und Deutschland, das ist mir wichtig. Zu-



Foto: © Lucas Chizzali

letzt ging es viel um Wahlen und die AfD auf tiktok. Als ich in der Stadt unterwegs war, habe ich eine Demonstration gegen Rechtsextreme gesehen und spontan gesagt, ich mache mit. Meike Olszak vom Flüchtlingsrat hat geredet. Ich habe gedacht, wie gut, dass es auch solche Leute in Deutschland gibt! Ohne links eingestellte Menschen würde uns das gleiche passieren wie den Juden. Das wird hundertprozentig klar, wenn man in tiktok oder social media auf die Kommentare geht. Da liest man Sachen, da weiß man wirklich nicht mehr, was man noch sagen soll!

**sandra ludwig**  
Mitarbeiterin beim  
Flüchtlingsrat BW

Ich wollte eigentlich auch eine Rede halten, aber habe mich nicht getraut. Meike hat mich ermutigt und gesagt: »Das machst du einfach nächstes Mal.« Ich habe Kollegen auf Arbeit, denen ich vertraue, nach ihrer Meinung gefragt. Die haben gesagt: »Sprich nicht auf der Demo. Wenn Leute dich sehen, die eigentlich nicht AfD wählen, ändern sie ihre Meinung. Die wollen keine Ausländer oder Muslime hören.« Dann habe ich nicht geredet.

**Vielen Dank, dass du deine Erfahrungen und Gedanken mit uns geteilt hast.\_**

\* Der Name wurde von der Redaktion geändert.



Die *perspektive* wird im Rahmen des Projekts

»Aktiv für Integration« erstellt.

Dieses Projekt wird durch das MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION aus Landesmitteln finanziert, die der Landtag Baden-Württemberg beschlossen hat.

Kofinanziert durch die DEUTSCHE POSTCODE-LOTTERIE und die UNO-FLÜCHTLINGSHILFE.





01/2016  
Die neue -Willkommenskultur-



02/2016  
Menschenrechte kennen keine Grenzen



03/2016  
Über den Tellerrand ...



01/2017  
Abschiebung und Ausreise



02/2017  
Flüchtlingsrechte sind Menschenrechte



03/2017  
besonders schutzbedürftig



01/2018  
Familie



02/2018  
Rettet das Recht auf Asyl!



03/2018  
Wie geht's weiter?



01/2019  
Refugees (still) in orbit?!



02/2019  
Menschen & Rechte sind unteilbar



03/2019  
Erfolg



01/2020  
Ausbildung, Arbeit, Abschiebung?



perspektive 02/2020  
Aufnahme



perspektive 03/2020  
Fluchtursachen



perspektive 01/2021  
Covid-19: Grenzerfahrung



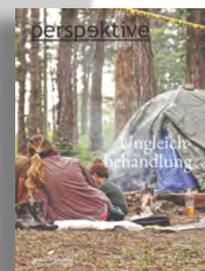
perspektive 02/2021  
Eigeninitiative



perspektive 03/2021  
Frauen



perspektive 01/2022  
Gesundheit



perspektive 02/2022  
Ungleichbehandlung



perspektive 03/2022  
Grenzen



perspektive 01/2023  
Schutzbedürftige



perspektive 02/2023  
Abschiebehaft



perspektive 01/2024  
Fakten



perspektive 01/2024  
Komplexität